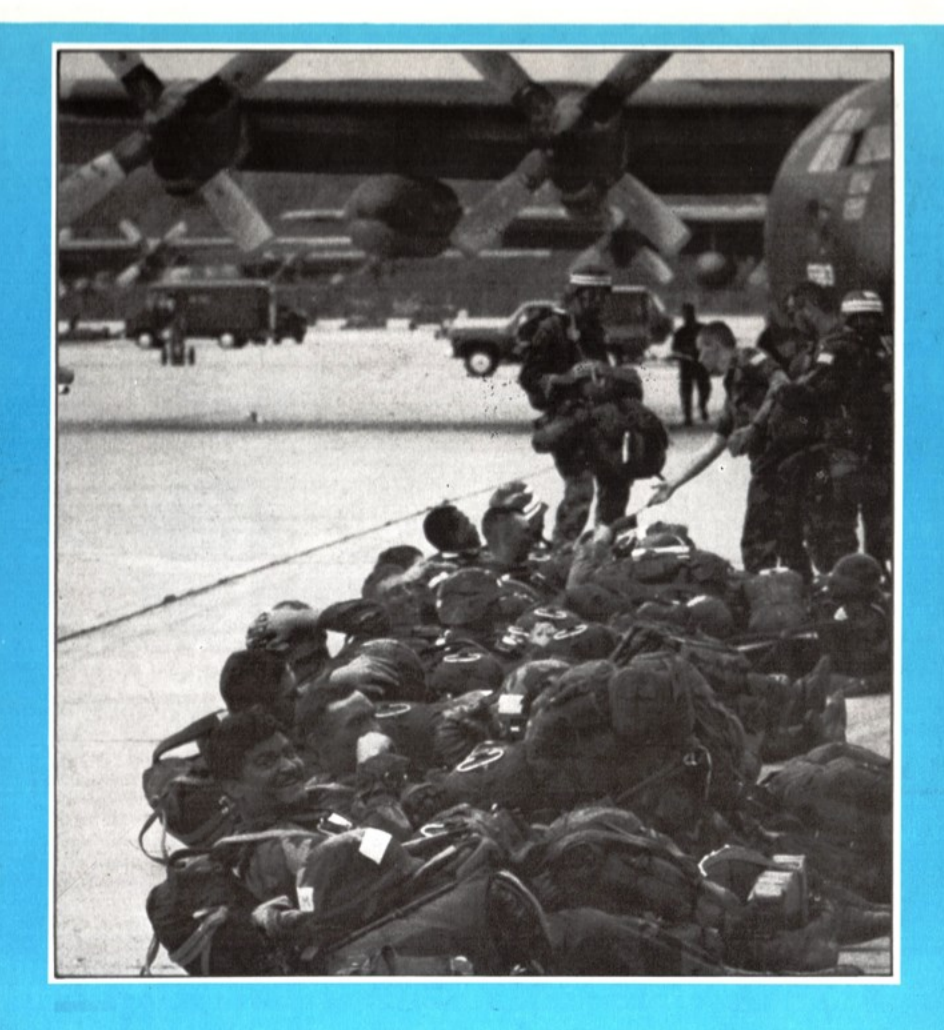


Die Sprache der Macht :

"Einige Tausend BEFREIUNGSKÄMPFER BEFREITEN in einer erfolgreichen RETTUNGSAKTION die Bewohner Grenadas, die jetzt Befreite Bewohner sind und jetzt in FRIEDEN leben. Die FREIHEIT und der FRIEDEN triumphieren weltweit".

R.Reagan, Okt. 1983



OB HEISS DER HERBST NUN ODER KALT,
WIR WISSEN NACKT IST DIE GEWALT,
ERKENNBAR GLEICH AN LEDERJACKEN,
GESICHTSTUCH, HELM (ZUM SCHUTZ DER NACKEN)
DEM FRECHEN BLICK UND AUCH ZU ZEITEN
AN NOCH GANZ ANDEREN KLEINIGKEITEN.
HIER IST GEWISS DISTANZ VONNÖTEN
MIT NAPALM, PANZERN UND RAKETEN.

FRIE..., REAL-SOZIALISMUS

No. 4 - 83 2 DM 2 Sfr. 17 S



INHALT:

REDAKTION

AKTION
Mainzer Landstraße 147
6 Frankfurt / M.
oder
Postlagerkarte 031 301 B
6 Frankfurt / M. 17

KONTO

K. Cohrs
Postscheckkonto
3337 97-601
Pscha. Ffm
BLZ 500 100 60

VERTRIEB

ANARES-MEDIEN
Mühle 28
5270 Gummersbach 31

Berlin:

REGENBOGEN
Seelingstr. 47
1000 Berlin 19

ANZEIGEN

Die Preisliste vom Juli/August ist hiermit ungültig! Die neue Liste kann ab November bei der Redaktion bestellt werden.

AUSTAUSCHANZEIGEN

machen wir weiterhin gern mit anderen Zeitungen, schickt uns also eure Druckvorlage (nicht breiter als 8,0 cm!) zu.
Sobald wir ein Belegexemplar von unserer Anzeige, von euch erhalten haben, drucken wir eure ab!

REDAKTIONSSCHLUSS
für die nächste Ausgabe ist der
10. Dezember 83

GESUCHT
werden Wiederverkäufer für die AKTION. Bei der Abnahme von mindestens 5 Exemplaren bekommt ihr 30%Rabatt, bezahlt dafür das Porto selbst.

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
ViSdP. K. Cohrs

Das Titelfoto und das Gedicht sind der Broschüre "Poesie für Zimmermann" entnommen. Sie ist beim:
Förderverein Umweltschutz
Unterelbe e.V.
Bartelsstraße 26
2000 Hamburg 6
zu beziehen.
Vielen Dank an die Herausgeber.
D. Red..

EIGENTUMSVORBEHALT !

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



ЗЕМЛЮ ОТ ПОЖАРА УБЕРЕЧЬ!

FREIABO für die als erste bei uns eingegangene Übersetzung !!!!!



Freunde und Gegner

Diese AKTION ist, wie viele es sich wohl schon gedacht haben, die letzte Ausgabe in diesem Jahr. Dies ist nicht nur durch unser Unvermögen bedingt, sondern hat seine Ursachen in der Urlaubszeit, (Lohn-) Arbeitszeit, Beerdigungen, mehreren Umzügen und anderen Schwierigkeiten, die mit unserer Existenz zu tun haben.
Jetzt sitzen wir in einem neuen Redaktionsraum und sind zuversichtlich, unsere Kontinuität wieder fortsetzen zu können.

Für die Nummer 1/84 ist der Redaktionsschluß am 10.12.83 und sie wird etwa am 10.1.84 fertig sein. Mit den Terminen geht es dann so weiter: Redaktionsschluß (2/84) 10.2.84, fertiggestellt am 10.3. usw.
Die Nr. 1/84 wird im Verkauf übrigens 2,50 Märker kosten, was sich nicht mehr vermeiden läßt...
Der Preis für die ABO's bleibt wie bisher, wir bieten euch sogar die Möglichkeit bis zum 31.12.83 (Poststempel) VERBILLIGT zu abonnieren: 6 Nr.: 13.-DM & 12 Nr.: 26.-DM - das gilt auch für Abo-Verlängerungen.
Da wir gerade bei Kohle sind: etliche unserer verehrten Wiederverkäufer haben eine, uns in Schwierigkeiten bringende Vorstellung, mit WAS wir die Rechnungen begleichen! Jede/r müßte doch begreifen, daß sich das Geld in einem Kreislauf befindet und wir (bzw. die Drucker) auf rechtzeitige Abrechnungen angewiesen sind. Ein Mäzen wird noch gesucht.....

Etwas Angenehmes haben wir auch noch zu sagen. Zuerst einmal möchten wir uns für die Menge an Beiträgen und Post bedanken, nur aus Platzmangel können nicht alle Sachen untergebracht werden! (Was nicht heißen soll, daß wir alles und jedes abdrucken) Macht weiter so...!
Es hat sich für diese Ausgabe ein Schwerpunkt ergeben: REALSOZIALISMUS. Dadurch wollen wir unsere Position zur SU deutlicher machen, aufzeigen warum die SU für uns staatskapitalistisch, imperialistisch etc. ist.
Zu den Bereichen Privatkapitalismus, seinem Imperialismus und Militarismus... haben wir unsere Position seit 3 Jahren klar und unmißverständlich dargestellt, sodaß wir einige Unterstellungen dogmatischer Marxisten/Leninisten für rhetorische Ohnmachtsergüsse, bedingt durch ihre Scheuklappen, halten - darauf nehmen wir keine Rücksicht.

Unser Redaktionskreis hat sich inzwischen erweitert und wir meinen, daß sich dies auch qualitativ ausgewirkt hat.

Eure Redaktion

ABO

Ich will endlich die AKTION abonnieren !

Bis 31.12.83
- 6 Nummern (BRD) 13.-DM Ausl. 15.-DM
- 12 Nummern (BRD) 26.-DM Ausl. 30.-DM

Ab 1.1.84
- 6 Nummern (BRD) 15.-DM Ausl. 17.-DM
- 12 Nummern (BRD) 30.-DM Ausl. 34.-DM

Das ABO verlängert sich NICHT automatisch !
Bestellungen nur mit diesem Coupon !
Auslieferung : NACH Eingang des Geldes !
● Verrechnungsscheck ● Überweisung auf's Konto !

NAME ....

ADRESSE ....

Kersten Cohrs, Postscheckkonto 3337 97-601,
Pscha Ffm, BLZ 500 100 60.
AKTION - Mainzer Landstr. 147, 6 Ffm
- Postlagerkarte 031 301 B, 6 Ffm 17



SOZIALE DEMONTAGE

**"... Durch das ganze Raketengedöns wird die Sozialpolitik langsam aber sicher an den Rand des Bewußtseins gerückt (ist wahrscheinlich auch beabsichtigt). So wichtig der Frieden ist, - liegt noch lange kein Grund vor, in der "sozialen Frage" zu resignieren.
Wenn einige Leute meinen sie müßten für den Frieden fasten - sollen sie es ruhig tun - nur was machen sie mit dem ersparten Geld?
Zum Frieden gehört nämlich auch, daß der Mensch - JEDER Mensch - ein würdiges Leben führen kann, ohne Demütigungen.
Also müssen wir uns gegen die soziale Demontage wehren ...."**

**So lautet der Begleitbrief zu dem folgenden Artikel, der uns vom Verein Sozialtherapie geschickt wurde. Der Verein ist eine Selbsthilfegruppe von Sozialhilfeempfängern, die z. Z. besonders gegen die Zwangsarbeit nach §19 (BSHG) kämpft. Interessierte können sich zwecks Kontakt, Informationen oder auch zum Kaffee trinken melden.
Täglich außer Sonntags: - Sozialtherapie Ffm -
Egenolffstraße 32, 6 Frankfurt/M, Tel.: 0611/491935**

Die Devise, immer größeres Wachstum - schafft immer mehr Arbeitsplätze, hat sich als das erwiesen was sie ist: als Augenwischerei für die breiten Massen.

Die Profite der Kapitaleigner steigen, die Reallöhne der Arbeitnehmer (sofern sie noch einen bezahlten Arbeitsplatz besitzen) fallen, ständig werden Arbeitsplätze wegrationalisiert (diese Vernichtung der Arbeitsplätze wird auch noch vom Staat subventioniert), Lebenshaltungskosten und die Zahl der Arbeitslosen steigen im gleichen Maße. Kurz, - die Wirtschaft der westlichen Welt ist an die Grenze ihres Wachstums gestoßen.

Je höher die Arbeitslosenzahlen - desto geringer die Staatseinnahmen (weniger Lohn-, Einkommens-, Mehrwertsteuer usw.). Der Staat muß sparen. Wo spart er? Bei den Flicks? - Nein!!! - Bei den Meier, Müller, Schulzes! Bei denen, die oft auch so schon nicht genug zum Leben haben.

Gekürzt wird bei den Rentnern, Kinderreichen, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. So sind im Bereich der Arbeitslosenversicherung seit 1981 - trotz steigender Arbeitslosenzahlen - Leistungen in Höhe von 19 Milliarden DM eingespart worden (FR v. 6.4.83). Die Folge: steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger. Aber auch hier wird gekürzt! So muß 1983 mit einer realen Kürzung von etwa 3 % der eh' schon viel zu gering bemessenen "Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)" (Neue Praxis 4/82 S. 386ff), gerechnet werden.

Sozialhileempfänger - die Deppen der Nation?

Betrachten wir uns doch einmal die "Frankfurter Verhältnisse" für Sozialhilfeempfänger.

Immer mehr Bürger werden Sozialhilfeempfänger. Allein in Frankfurt waren es 1982 mehr als 20000. Durch den ständig sinkenden Reallohn, sind in zunehmendem Maße auch Noch-Beschäftigte auf Beihilfen für sich und ihre Familien angewiesen.

Abgesehen von Demütigungen (lange Wartezeiten - stehend in engen Fluren, häufiges Vorsprechen, Offenlegung persönlicher Belange), denen alle Hilfeempfänger unterworfen sind, werden Sozialhilfeempfänger, welche keinen festen Arbeitsplatz haben, zur ZWANGSARBEIT herangezogen. - In den ersten beiden Monaten '82 waren dies in Frankfurt 506 Personen.

ZWANGSARBEIT? - Was ist das? Sie wird nach den §§ 18-25 BSHG (Bundessozialhilfeges.) geregelt - und dort gemeinnützige und zusätzliche Arbeit genannt.
Gemeinnützig stimmt: gemein gegenüber dem Hilfeempfänger - nützlich für Wallmanns Stadtsäckel und seine Prestigeobjekte: Alte Oper, Zeil, B-Ebene, Museumsufer, Schwimmoper, Römerbergbebauung...
Zusätzlich stimmt auf keinen Fall!!!!
Auf den amtlichen Vordrucken der Stundenzettel zur Abrechnung der geleisteten Arbeit nach § 19 BSHG, sind nur das Gartenamt, Sport- und Badeamt, sowie das Stadtreinigungsamt verzeichnet. Die dort Eingesetzten machen exakt die selbe Arbeit wie die Festangestellten.

Die Vergütung ist allerdings erheblich unterschiedlich. So bekommt ein Sozialhilfeempfänger 1.-DM pro Arbeitstunde, egal wie lange er diese Arbeit verrichten muß. Er bekommt keine Zuschläge (Fahrtkosten, Essensgeldzuschuß etc.). Auch ist er weder Renten- noch Arbeitslosenversichert (§19(3)).
Der Fest-Beschäftigte dagegen, erhält in den genannten Arbeitsbereichen einen Anfangslohn von 1706,43 DM - 1919,46 DM, zuzügl. Ortszuschlägen und diverser Zulagen.
Wenn man bedenkt, daß die Stadt für einen Fest-Angestellten noch einmal ca. 15 % seiner Bezüge als Arbeitgeberanteil an die Sozialversicherung abgeben muß dann kann man ausrechnen, WAS die Stadt an einem ZWANGSARBEITER spart.

Wen wundert es dann noch, daß DIE STADT immer mehr Personal abbaut und stattdessen SOZIALHILFEEMPFÄNGER als ZWANGSARBEITER einsetzt.

WAS TUT DER DGB DAGEGEN?!?

WAS TUT DIE ÖTV DAGEGEN?!?

Auf eine Anfrage der SPD - Fraktion im Römer zur Problematik der ZWANGSARBEIT, antwortete Wallmann unter anderem: "Daneben wird versucht, denjenigen Sozialhilfeempfängern, welche sich besonders arbeitswillig und geeignet erweisen, eine evtl. freie Stelle im jeweiligen Einsatzamt zu übertragen. In der Vergangenheit ist dies in ca. einem Dutzend Fällen gelungen. Genauere Daten zu dieser Frage sind bisher nicht erhoben worden."

Wenn man nun weiß, daß sich dieses "In der Vergangenheit" auf den Zeitraum vom 1.1.80 bis zum 28.2.82 erstreckt, wenn man dann noch weiß, daß in dieser Zeit 6313 Sozialhilfeempfänger ZWANGSARBEIT leisten mußten, - und von diesem gewaltigen Heer von ZWANGSARBEITERN höchstens 12 Sozialhilfeempfänger durch die Maßnahmen nach §19 eine feste Anstellung fanden, - dann ist diese Antwort in ihrem schweinischen Zynismus (liebe Schweine entschuldigt) nicht mehr zu überbieten.

Das Wallmann & Co. ihre macht- und repräsentationssüchtige Politik auf dem Rücken der kleinen Leute betreibt, dürfte wohl jeder bemerkt haben. Der OB aller Bürger hat es in seiner bisherigen Amtszeit immerhin geschafft, Frankfurt zur höchstverschuldeten Stadt der Bonner Republik zu machen. Sämtliche tatsächliche Kosten seiner Prestigeobjekte übersteigen die der ursprünglichen Planung erheblich.
Welche kinderreiche Familie, welcher Klein-Rentner, welcher Sozialhilfeempfänger kann sich einen Besuch im Rebstock-Bad - der Schwimmoper leisten?!?

Es ist ein Skandal, daß die Gastronomie in der ALTEN OPER mit 700000,- DM bezuschußt wird!!!
Wer schlemmt dort wohl?!?

So viel zur "Frankfurter Praxis". So weit die "Frankfurter Verhältnisse".

Ziel des BSHG ist die "Hilfe zur Selbsthilfe", auch im Unterabschnitt "Hilfe zur Arbeit".
So sind die Voraussetzungen und der Zweck der Arbeitshilfe wie folgt bestimmt:
1. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Personen, die Arbeit suchen, auf dem regulären Arbeitsmarkt aber keine finden (§19).
2. Gewöhnung an Arbeit für Arbeitsentwöhnte (§20).
3. Prüfung der Arbeitsbereitschaft (§20).

Diese Tätigkeiten sollen Gemeinnützig und ZUSÄTZLICH sein!!!

Und was ist?

Mit der beschriebenen "Frankfurter Praxis" wird jedoch keines der Ziele der "Hilfe zur Arbeit" erreicht, sondern von dem Hilfeempfänger eher als Bestrafung empfunden.

Zu 1. HLU & 1,-DM pro Stunde geleisteter Arbeit als Prämie ist in keinem Fall eine Leistungsgerechte Entlohnung. Da keine Renten-und Arbeitslosenversicherung, sowie keine reguläre Krankenversicherung besteht, fällt im Krankheitsfall die Prämie fort, - und es gibt auch keinen tariflichen Urlaubsanspruch. Da kein normales Arbeitsverhältnis existiert, gibt es auch keinen arbeitsrechtlichen Schutz.



SOZIALE DEMONTAGE

Betriebliche - oder gar gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte fallen vollständig flach.

Zu 2. Unter den oben beschriebenen Umständen kann sich wohl niemand an Arbeit gewöhnen!

Zu 3. Hier wären wohl 4 Wochen Arbeitseinsatz mehr als genug, doch wer einmal in dieser Mühle steckt, kommt nur sehr schwer wieder heraus.

Wer sich weigert, der Arbeitsverpflichtung zu genügen, muß damit rechnen, daß ihm nach § 25 die HLU gestrichen wird. Dabei hat das BVG in einem Urteil vom 7.8.66 festgestellt daß die Nichtbewilligung "NICHT" Bestand haben darf, wenn dies nicht zur Korrektur im Verhalten des Anspruchberechtigten beiträgt.
Aus all diesem ergibt sich eindeutig: die zur Zwangsarbeit verpflichteten werden als Werkzeug der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mißbraucht! Die Stadt spart Geld und der "Noch-Arbeitsplatzbesitzende" wird mit Hinweis auf die billigeren ZWANGSARBEITER diszipliniert.

Das machen wir nicht mehr mit! Im Kriechgang überleben? Welch ein würdeloses Schauspiel!

Deshalb fordern wir von der Stadt Frankfurt Auskunft und Abhilfe!

Deshalb gibt es jetzt die "IG § 19". Wir, die Interessengemeinschaft §19, sind ein loser Zusammenschluß von Sozialhilfeempfängern. Nach leidvoller, oft jahrelanger Erfahrung mit dem BSHG und dem hiesigen Sozialamt, wissen wir:
SO KANN ES NICHT WEITER GEHEN!

Daß wir uns wehren müssen,
daß werden wir doch einsehen !!

IG § 19

(Sozialtherapie Ffm)

■

Коммунистическая партия



Газета основана
5 мая 1912 года
В. И. ЛЕНИНЫМ

Орган Централь

№ 245 (23771) ● Пятн

БЫТЬ ПРИМЕРОМ ДИСЦИПЛИНЫ И ДЕЛОВИТОСТИ



В народе говорят: чем труднее дело, тем выше честь. Вы
кая честь — быть коммунистом. Но и большая ответствен
Она возрастает с ростом масштабов руководящей де
сти ленинской партии, усложнением задач, решае
цессе совершенствования развитого социализма
Ныне КПСС в ряд важнейших задач пост
укрепление дисциплины, организованности
принимаемые ею шаги встречают широ
ских людей, благотворно сказываютс
ствования, всей созидательной и т
рода. От коммунистов во много
нейших усилий в этом нап
скоротечной кампании, а с
призванной утвердить в
ру обостренной треб
«Члены партии
впереди всех п
держанием и
гда назре
нять э
де р

PO ✉✉ ST

Zum Artikel "Gedanken zur Stationierung" aus Nr. 3/83 und anderen ...

Liebe Leute,
als Leser, der im übrigen die AKTION wegen ihrer oftmals beachtlichen, weil fundierten + richtungsweisenden Beiträge (zB. "Computerisierung","Neuer Personalausweis") als positiv einstuft, erteile ich dem Artikel "Gedanken zur Raketenstationierung" auf S.14 -16 der AKTION 3-83 eine eindeutige Absage. Die Anlage des Textes insgesamt sieht so aus, daß sich die Frage auftut, was das Ganze eigentlich soll: es handelt sich um stichpunktartige Darlegungen zur strategischen Verwendbarkeit einiger Waffengattungen der USA und SU, um ein paar Bemerkungen zu den "Genfer Verhandlungen", und ansonsten wird vornehmlich auf die SU und ihre Politik eingeprügelt und zwar in wilden Schlägen. Dabei enthält der Artikel - und die Thematik hätte dies zwingend gemacht - nicht die geringste Aussage über: das Wesen des NATO-(Nach-)rüstungsbeschlusses, die Aggressivität der US-Militärstrategie, die Pläne des Imperialismus, und insbesondere wie diesen Widerstand entgegenzusetzen ist und in welchem Kontext: nämlich mit dem weltweiten Befreiungskampf der Völker. Es ist keinerlei Nutzen erkennbar, weshalb dieser Artikel kam, sicher nichtmal für die Politik der "AKTION" selber, denn was sollte sich damit politisch für sie (und den Leser) verbinden? Als Fazit bleibt: der Artikel - in der Tat: nur ein paar "Gedanken" ...Sehr gefährliche, wie ich hinzufüge!
Gefährlich, weil eine realitätsferne, undifferenzierte oder auch nur leichtsinnige Betrachtungsweise der SU, ihrer Politik + Gesellschaftsordnung ja nicht nur in unverantwortliche Gleichsetzung von Imperialismus u. realem Sozialismus einmündet u. damit der Diktion der herrschenden westlichen Eliten in deren Treiben gegen die Welt des Ostens nahekommt, deren Absichten u. Vorgehen "relativiert", sprich verharmlost und gar mithilft, dem neuerlichen Überfall auf die Völker des Ostens und der SU den ideologischen Nährboden zu bereiten; sondern weil sich aus dem Verwechseln von Begriffen oder gar aus der Begriffsverwirrung heraus jede Einsicht in die Notwendigkeit antiimperialistischen Kampfes mit seinem Kontext: weltweiter Kampf gegen Imperialismus, Unterdrückung, Kriegstreiberei, Hunger + Ausbeutung verschließen muß, zumindest aber diesen Kampf eher lähmt statt ihn zu forcieren helfen.
Ausgehend von der Begriffsverwirrung wird die westdeutsche Linke somit automatisch auf dem bekannten Niveau blosser und noch dazu wechselnder Tageskämpfe stehenbleiben, was letztlich fortwährende Niederlage ist. Die Rede ist von demjenigen Imperialismus-Begriff, den eu/re/er Autor-in an den Tag legt: es handelt sich darum, alles das, was wir unter Computerisierung, Arbeitslosigkeit durch Automatisierung u. Verlagerung von Produktionsstätten in die "3.Welt", unter zunehmender Ausländerfeindlichkeit als aktuellem Ausdruck dumpfestem Rassismus im Zeichen der kapitalistischen Krise usw. erkennen, auf den gemeinsamen Nenner zu bringen. Dieser heißt Imperialismus. Kein geringerer als derselbe, in dem in der Vergangenheit zB. der deutsche Nationalfaschismus 33-45 oder der Sozialfaschismus der reformistischen Arbeiterführer 1918-33 nur allzu begründet waren. Was Imperialismus ist, haben zB. Lenin oder Hilferding hinreichend definiert, und man braucht kein ML zu sein, um die Richtigkeit dieser Definition und vieler ihrer Voraussagen zu sehen: die höchste entwickelte Stufe des Kapitalismus, also der Monopolkapitalismus. Er bestimmt die Entscheidungen der Regierungen von USA bis W.-europa, weil er alles Leben in den hochindustrialisierten westlichen Metropolen ausmacht; die USA-Monopole sind hierbei nur die stärksten und nicht die einzigen. Wer nun von "Sowjet-Imperialismus" u.ä. redet, der hat den Ausgangsbegriff nicht verstanden, und auf dieser fehlerhaften Voraussetzung aufbauend, wird er den Antiimperialismus weder definieren können, noch restlos verstehen als: Überlebensfrage der Menschheit in ihrem Kampf um Menschlichkeit. Geradezu abenteuerlich wird es aber, sich von der Ideologie der Bourgeosie schon dermaßen infizieren zu lassen, daß ihre "Imperialismus-Definition" ("expansives Machtstreben eines Landes") die sie wohlweislich zwecks Relativierung der Machenschaften ihrer diversen Protagonisten (vgl. das Aufkommen dieses Begriffes in England im 19.Jh.) erfunden hat, einfach übernommen. Was aus dieser "Übernahme" wird, sieht man z.b. anhand des vorliegenden Artikels und seiner fehlenden Handlungsperspektive hinsichtlich Raketen und Imperialismus.

Stattdessen das beständige Pochen auf die ach so schlimme SU, ihre Militärmacht und all ihre gesellschaftlichen Verhältnisse, gepflastert mit Allgemeinplätzen und ganz im Stile rascher Aburteilung ohne jede nähere Erklärung oder gar Differenzierung. Da ist vom "Schrecken des Sozialismus" die Rede, und - sinngemäß - seine abschreckende Wirkung müßte erst "beseitigt" werden, ehe wieder "Hoffnung auf den Sozialismus" blühen könne; da ist die Rede von der "Klasse der roten Zaren", der durch sie verursachten "Unterdrükkung" und "miesen Arbeits- u. Lebensbedingungen", und Stalin wird im selben Atemzuge wie Hitler genannt, ja ihm via Pakt von 1939 schnell noch die Mitschuld am II. Weltkrieg zugeschrieben; schließlich der Vergleich von Polen u. der CSSR mit El Salvador u. Nicaragua - allesamt in einander ähnlich mißlicher "Machtsphäre" beheimatet; und es wundert schon nicht mehr, wenn Autor/in darin gipfelt, der SU quasi ihre Selbstauflösung zu empfehlen, denn: sie (die SU) "liefert... mit ihrer bloßen Existenz ... die beste Legitimation für das Kapital, die brutalsten Diktaturen im "freien Westen" zu installieren...".
Wahrhaftig, wenn es ein Beispiel dafür geben kann, wie im zuge der sogen. Friedensbewegung ein in weiten Teilen der Linken latenter Antikommunismus in zunehmend bösartige antisowjetische Töne umgesprungen ist, dann ist es dieser Beitrag.

Um es einigermaßen kurz zu machen, denn ich möchte hier nicht die Geschichte der SU und ihre gesellschaftlichen Errungenheiten abhandeln: das Fazit aus der unsäglichen deutschen Geschichte u. ihren Erfahrungen kann nur heißen: niemals wieder gegen die Völker der SU und die Welt des Ostens! Das bedeutet auch, den kalten Kriegern von Washington bis Paris nicht auf den Leim zu gehen, sich nichtmal ansatzweise von ihnen irritieren lassen (siehe Kontrollpunkt Drewitz).

Es heißt nicht, auf einen kritischen Standpunkt dort zu verzichten, wo er angebracht u. notwendig ist - allerdings in Relation zur Sache, die mit wildem Rundumschlag nichts zu tun hat! Ebensowenig schließt das übermässige Sympathie für Kräfte von DKP bis KPI und KPF mit ein, deren ideologisch bedingte Verbürgerlichung u. all ihr taktisches Kalkül zur Folge hat, daß ich ihren Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus sehr mäßig bis widersprüchlich u. gar hemmend finde, und zwar gerade in den Metropolen.

Was nun die SU u. ihre Verhältnisse betrifft, so bedarf es zu deren Einschätzung dem Verständnis der Geschichte, und das setzt Kenntnis voraus, aus purem Haß kann allerdings keine Kenntniss kommen. ("...u.;:"...!)d.T.!

Ihre Geschichte ist die Geschichte ständiger Interventionen seitens der imperialistischen Kreise des Westens (1917-20 fielen Deutschland, England, Frankreich, Polen u. zig andere über die SU her; 1941 Hitler-Deutschland, und dies kostete 20 Mio. sowjetischen Menschen das Leben!!) und permanenter Interventionshetze (Reagan 1982: "Zentrum des Bösen..."); es ist zugleich die Geschichte des Imperialismus selbst. In genau diesem Zusammenhang muß Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) gesehen werden, ihre zwingende Notwendigkeit ("Aufbau des Sozialismus in einem Land"), und ihre Ergebnisse bestimmen die Verhältnisse in der SU bis heute. Man mag das nachträglich bedauern, aber damit hat's sich auch schon. Andersherum hinterfragt: was für ein elendes Land war Russland denn bis 1917, war es nicht das ärmste, rückschrittlichste u. von einer brutalen autokratischen Klasse regierte Land Europas? War es denn so "verbrecherisch", wenn Stalin in konsequenter Weise z.B. die Bojaren (es waren die Kulaken d.Red.), die Klasse der ausbeuterischen russischen Großbauern, ein- für allemal dem gerechten Urteil der Geschichte überantwortete!? Und wer leistete den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus 1941-45? Wer beendete die Herrschaft der Bourgeosie mit ihren z.T. noch feudalen Strukturen in den übrigen Ländern Osteuropas nach 1945, und wer jagte die faschistischen Regime Ungarns oder Rumäniens zum Teufel? (Ja wer denn nun? d.T.) Vor diesem Hintergrund des von den wild-

gewordenen deutschen Imperialisten angestifteten Weltkriegs von Stalins Miturheberschaft zu sprechen, finde ich nur noch bedauerlich; es verrät Unkenntnis über das Wesen imperialistischer Kriege ebenso wie über die Grenzen des russischen Reiches 1917 und Unkenntnis über den Charakter u. die Funktion des von den Westmächten installierten polnischen Staates bis 1939, der als direkter Außenposten des Imperialismus gegen die SU gedacht war.
Über die "Unterdrückung" der Menschen im realen Sozialismus u. ihrer ach so schlimmen Lebensbedingungen mag sich der Autor/in nicht in der FAZ sondern im Zweifelsfall vorort informieren: vergeblich wird man im realen Sozialismus nach den 20 Mio. arbeitslosen Menschen suchen, die die kapitalistische Welt jüngst produzierte; vergeblich nach den Hungernden, wie sie in den US-Großstädten zu finden sind; vergeblich nach den Millionen die Opfer der Spekulanten werden u. keinen oder einen nicht zureichenden Wohnraum haben; vergeblich nach den Alten als die überflüssigen Subjekte für kapitalistischen Produktionsprozess, die im Fürsorgeheim unter zum Teil entwürdigenden Bedingungen vegetieren; vergeblich nach ausländischen Arbeitsemigranten, Menschen anderer Hautfarbe u. Religion, die allemal für Fußtritte gut sind; und allerdings vergeblich nach Ausbeutern jeder Couleur, nach Hochadligen und Thyssens und Krupps - nach denen, die den Menschen Jahrhundertelang ihren Stempel aufdrückten!

Soll alldies denn nicht als wenigstens e i n Schritt der Menschheit nach V o r n e angesehen werden, bei allen Mängeln, die der reale Sozialismus von der SU bis zur VR China sicherlich auch hat? Ist es denn ein Schritt zurück oder zur Seite (in der Menschheitsgeschichte), wenn heute ein Drittel der Menschheit eben nicht mehr unter dem Kapitalismus leben müssen? Was nun z.B. Nicaragua betrifft, so kann ich nur raten, die Menschen dort selber zu befragen, wie sie die Hilfe der RGW-Staaten sehen, was sie vom proletarischen Internationalismus halten, und wie sie insbesondere zur SU stehen...! Desgleichen die Völker Vietnams, Angolas oder Moçambiques, die Befreiungsbewegungen vom ANC bis zur FARC und viele mehr, liebe/r Autor (ich spare mir das/in - der "Täter" war männlichen Geschlechts d.T.) !
Sicher, es gibt Gegenbeispiele, ich denke an Eritrea oder an die Rolle von Syriens Assad im palästinensischen Befreiungskampf; Beispiele, die ich kritisiere, aber die letztlich nur beweisen, daß der SU Grenzen gesetzt sind angesichts ihrer Konfrontation mit dem Imperialismus. Ich vermag also sehr wohl zu differenzieren, und ich hoffe, es ist mir gelungen dies hinlänglich klar zu machen.
Umsomehr, als ich wenigstens einem Punkt des Beitrags nur allzu recht geben kann, der sagt, "Frieden" sei "ein Zustand der nicht erreichbar ist...".
In der Tat gibt es keinen Frieden, solange der Imperialismus regiert: keinen mit dem Imperialismus und keinen im Imperialismus; Grabesstille verteidigt man nicht, da hat der Autor direkt mal richtig geraten.

Viele Grüße
Klaus-Dieter Hewicker

DAS SCHEUKLAPPEN-SYNDROM.

LAW AND KRAUT - WHOPPER
ODER
PROKTATUR DES DILETARIATS?

Wir haben den vorangegangenen Leserbrief von K.-D. Hewicker veröffentlicht, weil die hier vertretenen Auffassungen leider nicht nur die private Meinung eines Einzelnen sind, sondern ein religiöses Dogma, daß sich in verschiedenen Kreisen des linken Milieus großer Beliebtheit erfreut. Deswegen nehmen wir diesen Brief als willkommenen Anlaß, um unsere Ansichten zur "sozialistischen" Realität deutlich zum Ausdruck zu bringen.
Übrigens : wir möchten die unentwegten Arschkriecher der post-und neostalinistischen Regime unmißverständlich darauf hinweisen, daß sich für uns die abgegriffene Frage "stehst Du auf Seiten der Proktatur des Diletariats" oder auf der "Law and Kraut-Whopper" Seite, gar nicht stellt. Wer also nach "kleineren Übeln" sucht, soll das ohne uns machen.
Unsere folgenden Antworten haben wir auf die wesentlichen Punkte beschränkt :
1) Sein Vorwurf, wir würden unter Begriffsverwirrung leiden (Imperialismus), wären realitätsfern und würden dem Kapitalismus Vorschub leisten,
2) wir hätten keine Kenntnis über die östliche Realität und
3) die Entwicklung Osteuropas wäre ein Schritt der Menschheit nach vorne.

1

BEGRIFFSVERWIRRUNG ??

ODER WIE SELBST NACH LENIN'SCHEN BEGRIFFEN DIE SU ALS IMPERIALISTISCH KLASSIFIZIERT WERDEN KANN!

Es ist überhaupt nicht notwendig bürgerliche Theoretiker u. Hetzer zu bemühen um den Begriff des Imperialismus zu verstehen und ihn auch auf die SU anzuwenden (Voraussetzung ist, man will verstehen).

Wir gehen davon aus, daß es in der SU nicht Sozialismus sondern Staatskapitalismus gibt.

Schon das zaristische Rußland wurde von Lenin u.a. Marxisten als imperialistisch bezeichnet, obwohl es scheinbar den von Lenin definierten typischen Merkmal des Imperialismus nicht erfüllt hatte. Und zwar die Suche nach Gebieten für den Kapitalexport, während das typische Merkmal des Frühkapitalismus die Suche nach Märkten war. Aber mit dieser Bezeichnung hatten sie Recht. Denn im Zusammenhang der Weltwirtschaft und angesichts der zwischen Rußland und den hochentwickelten Ländern herrschenden Beziehungen - und beides gehört zu den Definitionskriterien - war das zaristische Rußland imperialistisch im Lenin'schen Sinne.

Zur Auffrischung und der folgenden Ausführungen wegen, nun die 5 grundlegenden Merkmale des Lenin'schen Imperialismusbegriffs:
1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses "Finanzkapitals";
3. der Kapitalexport, im Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.

(W.I.L. "Der Imperialismus als höchstes Stadium ...", S. 94/95)

Nun zum "Realsozialismus": Das erste Merkmal trifft für den Staatskapitalismus sicherlich zu, einfach deswegen, weil er aus einem einzigen allgemeinen staatlichen Monopol besteht.

Was das zweite Merkmal betrifft, so erreicht die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital die höchste Stufe, wenn der Staat Industrie- und Bankkapitalist zugleich ist, wie dies in der SU der Fall ist.

Was das vierte Merkmal angeht, so zwingt die wachsende Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten den Staat, in diesem Falle die SU, den anderen internationalen kapitalistischen Monopolen zuvorzukommen oder die eigene Monopolstellung zu festigen bzw. auszubauen. Ganz offensichtlich ist es fast ausgeschlossen, daß ein internationales kapitalistisches Monopol in eine staatskapitalistische Wirtschaft mit ökonomischen Mitteln eindringen kann - es sei denn die dort herrschende Bürokratie ließe es zu.

Das dritte und das fünfte Merkmal, also die Bedeutung des Kapitalexports und der territorialen Aufteilung der Erde für den russischen Staatskapitalismus fallen hier etwas länger aus.
Die Privilegien der russischen Staats- und Parteibürokratie sind wie die der Bourgeoisie an den unaufhörlichen Fortgang der Akkumulation gebunden. Der russische Staatskapitalismus unterscheidet sich allerdings vom westlichen Kapitalismus darin (natürlich nicht nur darin), daß er keineswegs an Kapital"überschuß" leidet. Hinzu kommt, daß seine Profite nicht durch Lohnerhöhungen bedroht sind. Da in Rußland alle Produktionsmittel dem Staat gehören, stellt sich die industrielle Entwicklung der von Rußland einverleibten Gebiete und Länder als direkter Bestandteil der Industriellen Entwicklung Rußlands selbst dar. Die Einverleibung der Ukraine, des Kaukasus, Bulgariens usw. durch den stalinistischen Staat ermöglichte diesem, aufgrund seiner ökonomischen Monopolstellung die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete zu seinem Gunsten voranzutreiben. Um die fortgeschrittenen westlichen Mächte "einzuholen" hat die russische Bürokratie eine imperialistische Politik betrieben und betreibt sie auch heute noch.
Warum, so mag mancher immer noch fragen. Weil die relative Rückständigkeit Rußlands es unerlässlich macht, in den Ländern der unterdrückten Nationen Industrien aufzubauen und - als Kehrseite der Medaille - Kapital zu rauben, wo immer das möglich ist. Darüberhinaus wurde nicht nur aufgebaut, sondern auch abgebaut und Fabriken nach Rußland überführt. Der Staatskapitalismus zeichnet sich daher durch ein Merkmal aus, das für die Periode der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals charakteristisch war: die Ununterscheidbarkeit zwischen Handel und Raub. Raub von Kapital, Produktionsmitteln und Produkten an denen nicht wenig Blut klebt.



Nicht nur die ökonomische Rückständigkeit ist es was Rußland zur Expansion trieb, sondern ebenso der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften. Der Kapitalexport stellt in den westlichen kapitalistischen Staaten eine Reaktion auf Einflüsse (Lohnsteigerung etc.) dar, die die angestrebte Profitrate gefährden. Das Kapital wird natürlich in Gebiete gelenkt, in denen profitablere Möglichkeiten der Kapitalverwertung angetroffen werden. In Europa gibt es kaum eine billigere Arbeitskraft, als die des russischen Arbeiters, besonders des Sklavenarbeiters (siehe hierzu AKTION 5/83). Annexion neuer Gebiete wurden und werden folglich nicht nur vom Bedürfnis nach billigen Arbeitskräften, sondern vielmehr vom Bedürfnis nach zusätzlichen Arbeitskräften diktiert. Obwohl die Pro-Kopf-Kapitalausstattung in Rußland sehr niedrig ist, leidet Rußland noch immer unter Arbeitskräftemangel. Dadurch kommt ein Teufelskreis in Gang: der Kapitalmangel führt zur Verschwendung von Arbeitskraft, was umgekehrt wieder die Akkumulation von Kapital in ausreichenden Mengen erschwert usw. Das Einspannen der 100-Mio. Bevölkerung Osteuropas vor den russischen Karren stellt deshalb ein wichtiges Motiv für die Expansion des russischen Imperialismus dar und das Gegenstück zum Kapitalexport hochentwickelter kapitalistischer Länder (natürlich sollen hierbei die militär-strategischen Überlegungen Rußlands nicht vergessen werden).

Abschließend sei nur noch hingewiesen auf: Russifizierung besetzter, bzw. "befreundeter" Länder, Verschleppung von Nationen (Tataren, Wolga-Deutschen u.a.), zentralistische ökonomisch/politische Einbindung der COMECON-Mitgliedsländer, die zu nichts anderem dient, als zum Aufbau von Aussenhandelsbeziehungen unter der Kontrolle und im Interesse der SU. Also alles andere als Partnerschaft - vielmehr nichts anderes als banale Ausbeutung.

2

Da K.D.H. uns (euch) rät, sich nicht in der FAZ, sondern vor Ort zu informieren, beschreiben wir für all diejenigen die nicht das Vergnügen hatten in Osteuropa - vor Ort - zu leben, oder sich dort unmittelbar selbst zu informieren, die wichtigsten der angesprochenen Punkte. Auf eine theoretisch-ideologische Auseinandersetzung verzichten wir lieber, da das alltägliche Leben selbst eine deutliche Sprache spricht.



".. vergeblich wird man .. nach den 20 Mio. Arbeitslosen.. suchen"

Das ist eine saubere Feststellung, eines wirklichen Freundes der Zwangsarbeit würdig. Denn Arbeitslose darf es ja im Realsozialismus nicht geben. Warum nicht? Weil allgemeine ZWANGSARBEIT Arbeitslosigkeit ausschließt. Das ist also Sozialismus. Ja, sollen wir denn die Versuche in der BRD besonderer Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger (s.a. diese Ausgabe) einzuführen als Schritt zum Sozialismus mit frenetischem Beifall quittieren, hä? In allen osteuropäischen Cafés, welcher Kategorie sie auch immer angehören mögen, gibt es eine oder mehrere Toiletten-Garderobefrauen. Aus Gründen der Emanzipation sind bei diesen Beschäftigungen gar ab und zu auch Männer anzutreffen. Der Lohn den diese bedauernswerten Nichtarbeitslosen erhalten liegt zwar unter dem Existenzminimum, aber immerhin lungern diese Leute nicht auf den Arbeits- oder Sozialämtern herum. Weitere Gründe, daß das Problem der Massenarbeitslosigkeit in Osteuropa noch nicht in dieser Form auftritt, sind z.B. in der weitaus geringeren Produktivität zu suchen. Die geringere Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials ist allerdings nicht die Errungenschaft des Systems, sondern der Arbeiter gegen das System. Wenn es schon Pflicht ist, am Arbeitsplatz zu erscheinen, versuchen die Arbeiter natürlich, sich dort so gut es geht einzurichten, z.3. langsam zu arbeiten (siehe "Proktatur des Diletariats"). Ein weiterer Grund fafür, daß es nur einige unentwegte Arbeitslose gibt, ist in der permanenten Bedrohung mit Knast begründet, der all diejenigen ausgesetzt sind, die sich dem staatlich verordneten Arbeitszwang zu entziehen suchen. Viele Menschen sind bereit, notfalls in den entlegensten Gegenden eine Stelle anzunehmen. Wenn man nämlich bei den häufigen, auf den Straßen vorgenommenen Ausweiskontrollen keinerlei Arbeitsnachweis-Stempel im Personalausweis hat, muß man sich innerhalb einer bestimmten Frist bei den lokalen Behörden melden. Dort bekommt man einige Stellen angeboten, von denen man tunlichst eine annimmt, denn sonst gilt: Dauer der Arbeitslosigkeit x 2 = Haftdauer. Das der Begriff Arbeitslosengeld ein Fremdwort ist, versteht sich von selbst.

"Vergeblich wird man nach den Hungernden suchen..."



Wie sagt schon Radio Eriwan: "Im Prinzip ja, aber..." Erinnern wir uns doch an Polen 1979, als die Arbeiter Transparente aufhängten wie "Wir wollen Brot für unsere Arbeit". Sie bekamen nicht einmal die Rationen, die ihnen auf Lebensmittelkarten zustanden. 10 Mio. organisierten sich als Solidarność, bis sie vom Staat aufgerieben wurden (s. Aktion 1/83 u.a. zur Versorgungslage in Polen "Arbeit macht frei"). Ist es nicht ein wenig mickrig, nach (angeblich) über 60jähriger "Herrschaft der Arbeiter und Bauern" es als glorreichen Erfolg anzupreisen, daß heute niemand mehr verhungert. Nicht zu verhungern, das ist doch wohl das absolut mindeste.

"Vergeblich wird man nach den Opfern von Spekulanten suchen und nach unzureichendem Wohnraum ..."

In diesem Punkt müssen wir K.D.H. allerdings recht geben. Selbst ein aufmerksamer Beobachter trifft auf keine Opfer von Spekulanten aus dem Frankfurter Westend. Allerdings schreiben kluge Eltern ihre neugeborenen Kinder sofort in die Wohnungswartelisten ein, damit diese nach ihrer Ausbildung vielleicht eine Wohnung bekommen. Durch den Wohnungsmangel ist ein riesiger Schwarzmarkt entstanden, auf dem sich jeder, der über genügend Geld verfügt, einen Berechtigungsschein kaufen kann. Die Mehrzahl der Menschen kann dies natürlich nicht, und so ist es keine Seltenheit, daß sich in den realsozialistischen Wohnklos drei Generationen einer Familie (Großeltern, Eltern und die schon oft erwachsenen Kinder) eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung teilen müssen. (Auf dem Land ist die Situation besser). Trotz der Übererfüllungen des Plansolls sind die Stätten der Wohnhaft überfüllt. Auf eine Zuweisung von Wohnraum, in einer der 10stöckigen Betonbaracken, den einstürzenden Neubauten des Realsozialismus, wird im allgemeinen über ein Jahrzehnt gewartet. Trotz Krisenerscheinungen ermöglichen die etlichen Vaterländer der Werktätigen ihren Proletariern den Spaß, sich über viele Jahre hinweg in "Hotels" aufzuhalten. Nicht selten wohnen verheiratete "proletarische Diktatoren" in sog. "Arbeiterhotels", in einer 20qm Zelle, also mit Toilette und Dusche auf dem Gang.

Durch den drückenden Wohnungsmangel, aber sicherlich nicht nur deswegen, erscheint die Vorstellung in einer freiwillig eingegangenen Wohngemeinschaft oder zB. als unverheiratetes Paar in einer Mehrzimmerwohnung zu leben, für einen Osteuropäer reichlich abenteuerlich. Faktisch ist dies auch kaum möglich, da die Wohnungszuteilung direkt von der Eheschließung abhängig gemacht wird. Viele Leute müssen einfach heiraten, auch wenn sie es gar nicht wollen, nur um aus dem Elternhaus wegzukommen oder mit Freund/in zusammenleben zu können. Natürlich läßt sich mit gewissen Geldmengen allerhand regeln...

"Die Alten sind keine überflüssigen Subjekte, die abgeschoben werden"

Tatsächlich werden die alten Menschen dort nicht abgeschoben, WENN SIE NOCH EINEN NUTZEN BRINGEN. Sie "dürfen" dann bei der Familie bleiben... um durch Schlange stehen vor den Läden, durch Kinderhüten usw. auszuhelfen.
Die anderen Alten kommen, wie hier zu Lande in die Altersheime, die so gemütlich sind, wie die "sozialistischen" AKW's sicher sind. Übrigens ist es keine Seltenheit, daß die Alten noch arbeiten gehen müssen, um ihre kleine, nicht ausreichende Rente aufzubessern (Putzen, als Pförtner/in etc.). In das Leben einbezogen sind sie jedoch auch nicht, sie werden allenfalls "unterhalten", während sie auf den Tod warten. Wer bemerkt hier einen Unterschied zwischen Ost und West?

Fortsetzung auf S. 13





Der Stalinkult, mit dem bereits Ende der 20er Jahre begonnen wurde, erreichte 1949 einen einsamen Höhepunkt. Der "Herr der Welt", wie Stalin schon am 26. Mai 1935 in der "Prawda" genannt wurde, feierte seinen 70. Geburtstag. In Moskau fand eine pompöse Geburtstagsfeier statt, auf der neben zahlreichen Anbetern der Götze persönlich anwesend war. Über dem Podium hing natürlich ein riesengroßes Stalinportrait.
Solche "Feierlichkeiten" fanden ebenso in sämtlichen anderen Städten der UdSSR sowie in "befreundeten" Staaten statt. Zu Ehren Stalins stellten die Stachanowleute neue Produktionsrekorde auf.
Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR publizierte eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel: "Stalin, Koryphäe der Wissenschaft". Darin war eine Vielzahl von Artikeln über die bahnbrechende Rolle Stalins auf den Gebieten der Ökonomie, Landwirtschaft, Metallurgie, Luftfahrt, Literatur usw. enthalten. Das Titelbild der Jubiläumsausgabe der sowietischen Wochenschrift "Ogoniok" (Zeitschrift für Schulkinder, "Feuerchen", Anm. d. Red.) zeigte vor dem Hintergrund des Kremels und einer Menschenmenge auf dem Roten Platz einen am Abendhimmel stahlenden Stern, in dessen Zentrum das glorreiche Anlitz Stalins zu sehen war.
Der letzte Höhepunkt des Stalinkults wurde, begleitet von einer Unmenge von Trauerreden, anläßlich seines Todes am 5. März 1953 erreicht.
In Polen begann die offizielle Stalinverehrung im Jahre 1949. Die Zeitungen brachten laufend Stalinbilder sowie lobhudelnde Gedichte und Artikel. Die Welle der götzenhaften Anbetung blieb in Polen, durch die Umbennung der Stadt Katowice (Katowitz) in Stalingrad, unvergessen. Nach dem Tod des Götzen schwächte sich der Stalinkult rasch ab und endete in Polen 1955.
Im folgendem veröffentlichen wir eine Auswahl der schönsten Bezeichnungen J. W. Stalins aus Presse- und Buchpublikationen der VR Polen aus den Jahren 1949-53, da sie gut das Klima jener Zeit wiedergeben und außerdem ganz lustig zu lesen sind.
Aktiver Kämpfer für Frieden, Architekt der Revolution, naher und geliebter Freund jedes Arbeiters, Held, Bruder der arbeitenden Massen der ganzen Welt, Bannerträger des Friedenslagers, Mensch, dessen strahlender Genius den Weg zum Kommunismus erleuchtet, guter Lehrer der Menschheit, Stolz unserer Epoche, genialer Nachfolger Lenins, genialer Maschinist der Lokomotive der Revolution, genialer Sohn des arbeitenden Volkes, genialer Geist, Genius der Epoche, Genius des Vaterlandes, Genius des Verstandes, Genius der Strategie, Genius der Welt, Leiter des sowietischen Staates, konsequenter Schüler Lenins, Lenin der heutigen Tage, Weisheit und Kraft unserer Epoche, weiser Ingeneur der menschlichen Sehnsucht, Gigant, Meister des Wortes, geliebtester Mensch der Welt, allerteuerster Vater, allergrößter Mensch unserer Epoche, allergrößter Genius der Menschheit, Größter der Humanisten welche die Welt je gesehen hat, Größter der Menschen, unsere Inspiration, Verteidiger der Reinheit der Partei, Vater der sowietischen Luftfahrt, Vater aller Arbeiterfamilien auf der ganzen Welt, Vernichter des Trotzkismus, Ritter der Arbeit, Gewissen der Menschheit, Banner des Kampfes für Frieden und Demokratie, Schöpfer der sowietischen Landwirtschaft, Titan des Gendankens und der Tat, großer Ingeneur unserer Zukunft, großer Arzt der menschlichen Seelen, großer Freund der Frauen, großer Steuermann, großer Gelehrter, Befehlshaber und Soldat, Vorbild für jeden, Quelle der Inspiration, unsterblicher Stalin.

Diese Erstübersetzung aus dem polnischen, veröffentlichen wir ohne Wissen des Autors, aus der polnischen Zeitschrift "Nowa Gazeta Mazowiecka" Nr. 5

Fortsetzung von S. 11

"Es gibt keine Arbeitsemigranten bzw. Menschen anderer Hautfarbe und Religion die allenfalls für Fußtritte gut sind ..."

Diese Behauptung ist gewissermaßen der Gipfel der Unverschämtheit - während uns empfohlen wird, vor Ort Informationen zu sammeln, verfaßt K.D.H. (und nicht nur er) einen von Ahnungslosigkeit strotzenden Schwachsinn.
Natürlich hat er noch nie die vietnamesischen, koreanischen oder afrikanischen Arbeitskolonnen in den osteuropäischen Ländern, in seperaten Ghettos untergebracht, gesehen - allerdings nicht weil es sie nicht gibt, sondern weil er nie dort war!
In der CSSR zB. gibt es Vietnamesenwitze, die den deutschen Judenwitzen in Verbreitung und Brutalität in nichts nachstehen. Der kleinste Anlaß den die Vietnamesen, Afrikaner o.a. bieten, macht sie "allemal für Fußtritte gut". Natürlich sind auch dort die öffentlichen Stellen gegen die Ausländerfeindlichkeit, ihr Handeln ist aber wie in der BRD: Duldung des rassistischen Alltags. Die offiziellen Veranstaltungen zu "Völkerverständigung" und "Internationalismus" sind angesichts der Realität hohle Sprüche. Wer dieser Prophaganda Glauben schenkt, der soll sich selbst einmal ansehen, was passiert, wenn ein schwarzer- oder asiatischer Arbeitsemigrant eine WEISSE Freundin hat....oder wenn er glaubt zB. in eine normale tschechische Kneipe gehen zu können....

Auch als Feinde jeder Religion haben wir etwas dagegen, wenn Menschen ihrer Religion wegen schikaniert, verhaftet, überwacht, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, in Arbeitslager gesperrt und von "Unbekannten" auf offener Straße blutig geschlagen werden, obwohl die Ausübung der Religion auch dort ein Verfassungsrecht ist. Aber außer in Polen ist das Geschilderte sozialistische Realität.

3

Nicht genug damit, dies alles soll auch noch ein Schritt der Menschheit nach vorne sein ?

Wenn man, wie K.D.H., das zaristische Rußland mit dem heutigen realsozialistischen Rußland vergleicht, könnte man auf diese Idee kommen. Zu bedenken ist allerdings, daß die meisten Lebensverbesserungen für die Menschen nicht das Resultat des "Sozialismus" sind, sondern der industriellen Entwicklung; und daß sie in den "sozialistischen"- wie auch in den westlichen kapitalistischen Ländern gleichermaßen gegen den Staat und die Herrschenden erkämpft werden mußten (müssen).
Es ist ebenso lächerlich zu behaupten, daß Lenin der SU die Elektrifizierung- und Stalin die Luftfahrt beschert hätte, wie zu unterstellen, daß es ohne die Machtergreifung der Kommunistischen Partei noch immer die Leibeigenschaft oder die Herrschaft der Kulaken (nicht Bojaren) geben würde. (Wie dies K.D.H. macht.)

Nach unseren Antworten auf die verschiedenen Behauptungen, wie auch nach der Erklärung, daß nicht die Frage WER HERRSCHT, sondern die Frage, WIRD JEMAND BEHERRSCHT, von Bedeutung ist, dürfte klar sein, warum wir die Entwicklung in Osteuropa als eine Variante des Kapitalismus - als Staatskapitalismus - ansehen. Dies ist kein Schritt nach vorne, höchstens einer zur Seite.
Es ist klar, daß in den osteuropäischen Staaten sämtliche "demokratische Freiheiten" von den Machthabern weitaus rigoroser unterdrückt werden, als das in den sog. bürgerlich demokratischen Staaten Europas der Fall ist. (Wir reden hier zB. nicht von der, durch die BRD ausgehaltene Folterdiktatur in der Türkei..)

"Wir werden erst dann frei sein, wenn der letzte Bürokrat mit den Gedärmen des letzten Kapitalisten erhängt worden ist!"

■









Ein paar Seiten Papier flatterten uns mit der Post zu. Auch wenn wir wollten, könnten wir euch dieses Papierchen nicht vorenthalten. Es ist ersichtlich an manchen Stellen zeitlich überholt, aber wir haben alles absichtlich in Originalfassung belassen (außer ein paar schönen gr. Fehlern).

Die Redaktion bekennt sich zum Vorspann.

Meinungen von euch sind dazu ausdrücklich erwünscht und die Redaktion wird sich auch zu einer oder anderen Sache aus dem Papier äußern.

DIE RATTEN KRIECHEN AUS DEN LÖCHERN RAUS.

Der Kampf um Frieden und die Schaffung menschengerechter, somit auch unkriegerischer Zustände war für uns Anarchisten schon immer ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes. Doch wie bringen wir uns in die anstehenden Auseinandersetzungen im Herbst ein? Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer Analyse der verschiedensten Gruppierungen, Parteien etc, die alle mehr oder weniger im "Heißen Herbst" mitmischen werden.
Es stellt sich die Frage, was die in der Friedensbewegung (FB) integrierten Gruppierungen DKP, Kirchen, große Teile des DGB und der SPD, BUND, BBU für eine Rolle spielen bzw. was sie mit ihrem Engagement in der FB bezwecken.
Alle sind sie gegen die Stationierung! Oder?
Tatsache ist, daß gewisse Leute die Fäden in der Hand halten um den Widerstand zu lenken und um sich zu profilieren.

So z.B. die SPD.
Seit den Wahlen im März 83 konnte man einmal mehr beobachten, wie schön opportunistisch sich die Parteien in diesem System zeigen. Die SPD-Mitschuld am Natodoppelbeschluß, zeigt sich nach der 360 Grad Wende in Bonn nun "unwahrscheinlich fortschrittlich". So meint ein Egon Bahr, daß die SPD von Eppler bis Schmidt einig sei, die Stationierung nun nicht mehr hinzunehmen und das mit der echt einleuchtenden Argumentation, ein angeblicher Wandel der Verhandelungsbereitschaft der USA habe die jetzige Einstellung großer Teile der SPD zur Folge. So ist eine begrenzte Zusammenarbeit mit der FB nun möglich, natürlich nur dann, wenn Gruppen, die die Gewaltfreiheit und Friedfertigkeit nicht so ernst nehmen aus der Bewegung ausgegrenzt werden. Die FB akzeptiert bzw. übernimmt diese Forderung, da ein Zugpferd wie die SPD und nicht zu vergessen den DGB ein Ausbreiten der Bewegung garantiert. Und geschickt wie die SPD nun mal ist, springen da bestimmt wieder viele Wählerstimmen und verlorengegangene Sympathien heraus.



Und der DGB.
Schon immer auf die Basis bedacht, darf nun um gotteswillen die Fäden nicht aus der Hand verlieren und zieht mit bzw. stellt sich mit an die Spitze der FB wie so viele. Sollen nun jedoch konkrete Sachen folgen, wird auch hier klar, daß die Bereitschaft zum Widerstand keine Taten folgen läßt. Z.B. ein Generalstreik zur Unterstützung der Herbstaktionen. Lediglich ein 5-min. Streik ist im Gespräch (am besten noch in der Frühstückspause). So ernst nimmt es der DGB mit dem Frieden. Und damit es ja nicht so aussieht als könne man den DGB nun in die linke Ecke stellen, spricht sich ein Steinkühler (IGM) dafür aus, bei der Volksversammlung in Stuttgart keine Vertreter aus der autonomen DDR-FB sprechen zu lassen, um die FB nicht der Gefahr auszusetzen als kommunistisch unterwandert zu gelten. Das nennen wir Logik und die DKP freut sich.

Zur DKP
gäbe es da auch einiges. Sie ist der Mitbegründer der FB (Krefelder Appell), wohl mit dem Ziel der SU einen Gefallen zu tun, indem sie die Amiraketen verurteilt und bekämpft aber die SU-Raketen, ohne mit der Wimper zu zucken bejaht und die SU-Politik hier propagiert. Und um ihren Willen immer wieder durchzusetzen, werden bei Abstimmungen auf den Regionaltreffen der FB die DKPler busweise angekarrt, um dann ganz demokratisch ihre Vorstellungen durchzubringen.

Der BBU und die Kirchen spielen sich ebenfalls auf und verhandeln im Namen der FB mit den Bullen...

Zu unseren antiimperialistischen Freunden (AIs)
Nebendran stehen die AIs. Sie zeichnet ein doch sehr einseitiger Imperialismusbegriff aus. Sicherlich ist es ja richtig, daß der US-Imperialismus bei uns einen wichtigen Dreh- und Angelpunkt besitzt (Nordenham/Bremerhaven Nachschub, Air-Base Ffm für Schnelle Eingreiftruppen in die 3.Welt..). Damit ist er augenscheinlich greifbarer und automatisch auch angreifbarer. Trotzdem existiert auch der SU-Imperialismus, den man nicht deshalb außer acht lassen kann, weil er ja doch Befreiungsbewegungen in der 3.Welt unterstützt.
Da die Aussage, die SU unterstütze Befreiungsbewegungen in der 3.Welt, ein Hauptpunkt für die AIs darstellt die SU nicht öffentlich zu bekämpfen, müssen wir Anarchisten dieser Unterstützung einmal genauer auf den Grund gehen.
Zunächst Gedanken von Außenminister Gromyko 1971:

"Die SU ist ein natürlicher Verbündeter der 3.Welt im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. In diesem Kampf kann ein Fortschritt nur durch ein Zusammenwirken der drei Hauptströme unserer Zeit erreicht werden. Das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung, wobei das sozialistische Weltsystem die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf ist. Ohne Anerkennung dieser Tatsache und ohne Unterordnung unter die führende Kraft des Sozialismus (sprich SU) könne weder die internationale Arbeiterbewegung noch die nationale Befreiungsbewegung einen erfolgreichen Kampf für nationale und soziale Befreiung führen."

Dies bedeutet für die Befreiungsbewegungen in der Praxis, die sich nicht der führenden Kraft des Soz. unterordnen, keine Unterstützung durch die SU und ggf. sogar Bekämpfung von Bewegungen.
Hierzu einige Beispiele:

Angola: Die marxistisch orientierte MPLA wurde nicht immer von der SU unterstützt. Anfangs bestand die Unterstützung aus Vergabe von Stipendien und Lieferung veralteten Kriegsgerätes aus dem 2.WK. Die Unterstützung wurde eingestellt, als die MPLA 68 den Einmarsch in die CSSR kritisierte. Erst die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen MPLA, UNITA und FNLA brachte die SU aus strategischen Gründen dazu ab 73 großzügige Waffenlieferungen an die MPLA durchzuführen.



Zimbabwe: Die SU unterstützte hier mehr die ZAPU und stand der ZANU schon immer skeptisch und zurückhaltend gegenüber. Diese Zurückhaltung gilt auch heute noch dem von der ZANU regierten Zimbabwe, da sie sich auf ihre eigenen Kräfte stützt und nicht daran denkt die Beziehungen zu China zugunsten der SU zu opfern.

Süd-Ostasien: Hier werden kommunistische Parteien (z.B. Thailand) von der SU bekämpft, weil sie sich im Vietnamesisch-Kampucheanischen Konflikt gegen Vietnam und die SU gestellt haben.

Eritrea: Im Kampf gegen das Feudalregime Haile Selassies wurde die eritreische Bewegung unterstützt. Heute, da eine sowjetfreundliche Regierung an der Macht ist, wird sie, da seperatistisch und konterrevolutionär, mit Hilfe von Kuba bekämpft.

Haben Befreiungsbewegungen mit Hilfe der SU ihr Ziel erreicht, beginnt ihre Ausbeutung durch die "führende Kraft des Sozialismus", die sich nicht wesentlich von der der kapitalistischen Länder unterscheidet. Die Entwicklungsländer liefern Rohstoffe, die SU Produktionsmittel. Die SU profitiert bewußt von den Mechanismen des Weltmarktes, die sich zu ungunsten der 3.Welt auswirken und ist somit genauso verbrecherich wie die kapitalistischen Staaten. Da wir Anarchisten gegen jegliche Form von Ausbeutung kämpfen, ist für uns klar, daß ein SU-Imperialismus als Feind anzusehen ist.

Zu einer Analyse des "Heißen Herbst" gehört nicht nur die Betrachtung theoretischer Ansätze der verschiedenen Gruppen sondern auch deren Aktionsformen: Massendemos, gewaltfreie Aktionen und Blockaden, Fasten etc. für den Frieden sind das Spektrum der zu erwartenden Aktionen im Herbst. Wenn sich nun aber bekanntermaßen über 70% der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die Stationierung ausspricht und dies an den Plänen der Regierung nichts geändert hat, dann sind auch noch so große Volksversammlungen auf diese Leute wirkungslos und somit ineffektiv. Zur Befriedigung eines darüber hinausgehenden Tatendranges bieten die Führer der FB noch gewaltfreie Blokaden an, die eh nur symbolischen Charakter haben können (mit Ausnahme Bremerhaven/Nordenham und Ramstein). Was kann aber angesichts eines menschenverachtenden Gewaltsystems Gewaltfreiheit und symbolische Aktionen noch ausrichten?

Warum wird eigentlich auf das Dogma Gewaltfreiheit beharrt? Mindestens in jedem 2.Satz taucht das Wort gewaltfrei auf, wenn ein Führer der FB das Sagen hat. Vielleicht verbirgt sich hinter diesem schwachsinnigen Dogma der Wunsch, mit den Aktionen der FB im Herbst sozusagen nicht kriminalisierbar zu sein. Man will zwar dem Staat sagen, daß er doch bitte eine Stationierung nicht zulassen solle, aber man will nicht riskieren Opfer staatlicher Repression zu werden, obwohl dieser Staat überall Repression ausübt und die direkte Kriminalisierung eh schon in der FB Fuß gefaßt hat, denn der Staat bestimmt was ungesetzlich und was Gewalt ist.

In diesem Zusammenhang sind auch die sogenannten Deeskalationsgespräche einiger selbsternannter Führer zu sehen.

Während der Kampf um die Spitze in der FB weitertobt, wer denn nun die Basis "unter" sich hat, verhandeln die Kirchen, der BBU, etc. ganz locker mit



dem Staat und der Polizei, natürlich im Namen der FB. Wenn nicht in Loccum, dann anderswo.

So gibt es seit Jahren Absprachen über Deeskalation von Umweltpolitischen Konflikten in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der AGU (Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen), wie die BBU Chefs Sternstein und Schirmer im August erstmals in der Öffentlichkeit zugeben mußten. Eines der Ergebnisse solcher Absprachen war der Verrat einer Demonstrantengruppe während der Bonner "Friedensshow". Und zwar wurde die Polizei vom Koordinationsausschuß telefonisch informiert, daß sich Demonstranten, von der mit den Bullen abgesprochenen Demoroute entfernen. Von der FB informiert konnten die grünen Chaoten zuschlagen......

Aus der AGU heraus entstand dann der Stuttgarter Friedensvertrag, ein Grundsatzpapier, das in Zusammenarbeit von Bullen und FB-Chefs geheim erstellt wurde. Das Paper hat neben vielen Floskeln, Beteuerungen und Versprechungen das Ziel ein militantes "Konfliktpotential" zu isolieren. Und mit der Forderung, die Bewegung dürfe das Gewaltmonopol des Staates nicht angreifen, wird ein effektiver Widerstand von vorneherein ausgeschaltet. Die Basis bekommt dies alles aufgesetzt. Wie heißt es so schön in dem Paper:"Sie müssen sich damit abfinden können, auch zu unterliegen."

Als Teilresultat der Stuttgarter Geschichten, sollte es noch die Abkühlungsgespräche in Loccum geben, wo der selbe Mist nur praktischer ablaufen sollte. Es wird gelenkt, abgesprochen, gespalten, aufgesetzt, distanziert, denunziert,.. also dann, AUF IN DEN HERBST.

Wir Anarchisten wissen, daß Führer, auch in einer FB, dem Ziel die Stationierung zu verhindern ganz klar entgegen wirken, qed. (+)

Wer das Gewaltmonopol dieses Staates anerkennt, erkennt diesen Staat mit all seinen schweinischen Auswirkungen an. Unter dem Mantel der Gewaltfreiheit verbirgt sich handfeste staatstragende Politik. Unsere Aufgabe muß es sein der Basis der FB klarzumachen, daß man keine Dogmen von den Leuten übernehmen soll, die mit Hintergedanken eine Bewegung lenken. Wer kommt denn wohl



auf die Idee und meint, die FB dürfe das staatliche Machtmonopol nicht angreifen? Doch wohl nur Leute, die ein Interesse am Fortbestehen dieses Systems haben.

Es stellt sich nun die Frage, wer denn bitteschön nun der Gegner ist. Die Raketen oder die Machtinteressen der Regierungen? Unser Staat (BRDUSA) ist es doch, der die Stationierung will und Strategien entwickelt hat den Widerstand zu brechen, z.B. durch die Teile und Herrsche Politik Zimmermanns u. Co.. Mit allen möglichen Distanzierungen, Aus- und Abgrenzungen wird die FB auf einen sinn- und ziellosen gewaltfreien Kern "gesundgeschrumpft". Gruppen, die sich nicht in diese Strategie einpassen lassen und anderen Widerstand leisten wollen, werden zu Freiwild erklärt.

So soll aus Anlaß der Bush Demo in Krefeld der Landfriedensbruch § 125 STGB reformiert werden und nennt sich nun "neues Demonstrationsstrafrecht". Zwar wird er die drei Lesungen des Bundestages vor dem Winter kaum passiert haben und darum im Herbst noch nicht anwendbar sein. Aber was auch von der FB außer acht gelassen wird, ist die Tatsache, daß die Stationierung nicht diesen Herbst abgeschlossen sein wird, sondern sich bis Ende 85 hinzieht. Somit hat Vater Staat reichlich Gelegenheit vom neuen Gesetz gebrauch zu machen. Die Stoßrichtung des Gesetzes ist klar. Es geht dem Staat nicht darum gegenüber sogenannten "militanten Störern" noch härter durchgreifen zu können, sondern eindeutig um die Kriminalisierung friedlicher Demonstranten. BGH-Präsident Pfeiffer erklärte bereits in einem Spiegel-Interview, mit der neuen Regelung könne es "einem Dutzend Randalierern gelingen Tausende von friedlichen Demonstranten zu Straftätern zu machen." Die damit beabsichtigte Spaltung und Lähmung der FB kann aber nur dann funktionieren, wenn sie sich weiterhin in einer endlosen Gewaltdiskussion verzettelt, anstatt die knappe Zeit für Überlegungen gemeinsamer und sich gegenseitig ergänzender Aktionen zu nutzen. Aber die FB nimmt die aufgesetzte Spaltung hin. Sind Demos überhaupt noch möglich, wenn sich die Leute Angst suggerieren lassen, sich mit anderen zu solidarisieren. Ein steinewerfender V-Mann langt, um eine ganze Demo in den Knast zu bringen. Siehe Krefeld-Demo, Peter "Piwi" Troeben Die Basis der FB muß erkennen, daß sie verarscht wird. Sie muß lernen autonom zu denken, daraus Schlüsse zu ziehen und analog zu handeln. Auch muß



ihr klar werden, daß die Stationierung hier, nur ein Teil der zu bekämpfenden Schweinereien ist. Ein System, daß Asylanten in den Selbstmord



treibt. Das Häuserspekulanten unterstützt, Hausbesetzer aber kriminalisiert. Das Militärjuntas unterstützt, aber die Entwicklungshilfe für Nicaragua einstellen will. Ein System das umweltversauende Firmen finanziert, Millionen von Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt und dann auch noch die Arbeitslosenunterstützung kürzt. Ein System, das Bullenmörder ++ freispricht und sich wehrende Demonstranten einknastet. Genau dieses System ist der Gegner und nicht die Raketen. Deswegen müssen wir das System angreifen, um die Stationierung zu verhindern. Krieg ist doch nur einer, der brutalste Ausdruck der Macht und wenn wir gegen den Krieg kämpfen wollen, so müssen wir diese Strukturen als ganzes bekämpfen und zwar dort wo wir sie antreffen, nämlich in unserem alltäglichen Leben. Unser Leben soll mit offenen und verdeckten Repressionen immer berechenbarer gemacht und beschränkter werden. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau des Überwachungsstaates, sondern auch um den Ausbau des durchtechnisierten Fortschrittes, der den einzelnen Menschen immer abhängiger von großtechnologischen Wirtschaftsinteressen macht. Nur in Abhängigkeit von substaatlichen Institutionen (Stromnetz, Wasserversorgung, Verkehrsinfrastrucktur, Verkabelung) soll Leben möglich sein. Das eigene Denken, die eigene Autonomie und Persönlichkeit werden konditioniert.

Doch nun zu uns.

Wir schätzen die momentane Lage der anarchistischen Bewegung, Position und Präsenz in Bezug auf die Praxis bzw. die jetzige politische Situation unausdiskutiert und zurückhaltend ein. In Sachen Antimilitarismus und Imperialismus sind die Standpunkte nicht klar definiert, geschweige denn in der linken Öffentlichkeit bekannt.

Unserer Meinung nach lag es an der Schwierigkeit organisiert mit den ohnehin geschrumpften Kräften vorzugehen. Unter organisiert verstehen wir eine theoretische Grundlage, die die momentane Weltlage unter strategischen Gesichtspunkten einschätzt und dann geschlossen zu Aktionen und Weitertragen von Standpunkten hinarbeitet. Wir die Anarchistischen Aktionskollektive (AAK) haben uns gegründet, um das momentane Tief zu überwinden und durch unsere Anschläge, Sabotagen etc. wieder eine Öffentlichkeit zu schaffen. Und wir wollen mit diesem Paper, das leider auch nur ansatzweise analysiert, den Versuch machen einer neuen anarchistischen Bewegung eine inhaltliche Basis, ersteinmal in Sachen Herbst, zu geben.

Ziel unserer praktischen Arbeit muß eine Vermischung vielfältiger Aktionsformen sein, die den Widerstand effektiver macht. Die Alternative darf nicht lauten: Friedensfest auf der Wiese oder Straßenschlacht einiger hundert Leute gegen die Bullen. Wir müssen die Unterschiede zwischen uns und der FB an inhaltlichen Punkten festmachen, nicht nur an Aktionsformen. Das bestehen auf Militanz ist genauso schädlich wie die Festlegung auf Gewaltfreiheit. Unser Widerstand muß so aufgebaut sein, daß direkte Aktionen und friedlicher Massenprotest zu einer Einheit werden. Legaler und illegaler Widerstand sind beides legitime Formen des Protestes und müssen sich gegenseitig ergänzen. Es schien relevant die Lehren aus der Geschichte des Anarchismus auf die heutige politische Situation zu übertragen.

Es ist notwendig den Feind zu definieren, nämlich die Machtinteressen von Kapital und ideologischem Dogmatismus und den daraus resultierenden Folgen für die Menschen in Ost, West und der 3.Welt. Es stimmt, daß der US-Imperialismus zur Zeit die offensivere Weltmacht ist und gemäß ihrer These ein Atomkrieg gewinnbar, analog den Aufbau des Feindbildes SU vorantreibt und den Menschen in der westlichen Welt diesen Haß einimpft und sie konditioniert. Auf der anderen Seite die UdSSR, welche die Staaten, die sie seit der Festigung ihrer Diktatur ihrem Eigentum zugeführt hat und ihr Imperium weit über den Ostblock hinaus ausbreitete, unterdrückt die Völker genauso wie die USA (Ausführung s.o.). Unter Berücksichtigung des SU-Imperialismus werden sich die Aktionen der AAK hier hauptsächlich gegen Objekte richten, die direkt oder indirekt mit dem Amiimperialismus in Verbindung stehen, da es dieses System ist, das uns direkt und hier unterjocht.

Wir glauben, daß in Bezug auf Stationierung, wie oben ausgeführt die FB ineffektiven Widerstand spielt, und wir zu anderen Aktionsformen kommen mußten. Sabotage hemmt das System eher als Volksversammlungen und symbolische Blockaden es vermögen. Wir können nur hoffen, daß sich die "Reste?" des anarchistischen Potentials uns anschließen, da gehandelt werden muß. Setzt euch zusammen, diskutiert und plant die Gegengewalt. Gründet AAKs, denn wir haben unsere Stimme noch nicht ganz verloren. Unsere Kraft muß effektiv eingesetzt werden, So halten wir es für falsch sich an gesteuerte Bewegungen (FB...) dranzuhängen und sich nur neuen Frust zu holen. Vielmehr geht es darum, sich bildende soziale Bewegungen durch militante Aktionen zu unterstützen und zu bekräftigen den Staatsapparat anzugreifen und auf bestehende Mißstände hinzuweisen. Der Gegensatz zur FB besteht darin a) die globale Scheiße einzuschätzen und b) die daraus gezogenen Schlüsse in Taten umzusetzen.

DIE ANARCHISTISCHE IDEE LEBT!

(+) Anmerkung der Redaktion: Soll das etwa "quod erat demonstrandum" (was zu beweisen war) heißen? Oder vieleicht eher "quod licet Iovi, non licet bovi" (was Jupiter erlaubt ist ist nicht dem Ochsen erlaubt)

++ Mit "Bullenmörder" scheint "Mörderbullen" gemeint zu sein.

CEMAL KEMAL ALTUN

TRAUER UND WUT GRENZENLOS - UND ER SCHEINT SCHON VERGESSEN!



Wenn es Sinn hätte
zu leben
hätte es Sinn
zu leben

Wenn es Sinn hätte
noch zu hoffen
hätte es Sinn
noch zu hoffen

Wenn es Sinn hätte
sterben zu wollen
hätte es Sinn
sterben zu wollen

Fast alles hätte Sinn
wenn es Sinn hätte

ERICH FRIED

kurzes



"Die Mauer" erschien erstmals 1979 als Organ einiger Gefangenenselbsthilfegruppen. Bedingt durch den Auflösungsprozess etlicher beteiligter Knastgruppen gepaart mit daraus resultierenden finanziellen Problemen mußte die MAUER im 4. Jahrgang vorläufig eingestellt werden.
Ab August 83 sind wir nunmehr in der Lage, die Mauer 6 - wöchentlich und regelmäßig wieder herauszubringen.
Nach wie vor sind die zentralen Anliegen des Blattes:

1. Informations- und Agitationsblatt für Internierte und die sog. "interessierte Öffentlichkeit"
2. Informations- und Diskusionsplattform für die Gefangenenbewegung und für von Kriminalisierung Bedrohte. Also wir Alle.
3. Praktischer Arbeits- und Koordinationsansatz für Interniertengruppen und Personen 'drinnen und draußen'

Schickt uns Infomaterial, Artikel aller Art, Bildmaterial, Abos und bei sehr viel Energie werdet Wiederverkäufer (Ach ja, da fällt mir ein, daß selbe gilt auch für die AKTION, schicken und werden usw., Anm. d. Tippers).
Probeexemplar bei der GI - Dortmund, Brunnenstr. 8-10, 46 Do 1 anfordern.
Konto der Mauer: R. Merkel, Stadtsparkasse Dortmund, Konto-Nr.: 241 001 407



Die schon längere Zeit erwartete Broschüre der FAU, über Industrieroboter, Computer und Personalinformationssysteme - sowie ihre Auswirkungen - wird gegen Ende Dezember erscheinen. Wenn noch jemand Material hat, schickt es bitte an die AKTION.

■

Neues vom Computerstaat

Das Bundesinnenministerium hat einen Entwurf zur "Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes" vorgelegt.

Bis zum 10. Oktober hatten die Verbände der Wirtschaft die Möglichkeit ihre Änderungswünsche kundzutun, am 27.10. fand dann eine Anhörung im Ministerium statt.
Der bisherige Entwurf sieht folgendes vor:
- die Sicherheitsbehörden sollen betroffenen Leuten noch mehr Auskünfte verweigern können, sie "brauchen die Ablehnung der Auskunftserteilung nicht zu begründen".
- Eine Neuregelung der Direktabfrage von Datenbeständen, die an zwei Voraussetzungen geknüpft werden soll - a) der Datenempfänger muß die Daten benötigen (also jeder Konzern, jede Institution etc.) und b) die "Schutzwürdigen Belange" der Menschen müssen berücksichtigt werden.

Der Entwurf des BMI verlangt zwar, daß die Zulässigkeit des Datenabrufs "kontrolliert werden kann", aber selbst nach Ansicht der sogenannten Datenschutzbeauftragten, ist dies derzeit nicht zu gewährleisten.
In dem Bericht des Bundesdatenschutzbeauftragten (welch ein Wort!!) wird sogar ausdrücklich auf die mangelhafte Kontrolle und die Risiken beim Datentausch zwischen den Sicherheitsorganen und anderen Stellen des Staates, bei der derzeitigen Regelung, hingewiesen. So hat "unser" Polizeiapparat scheinbar die ZEVIS Datenbank des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg geplündert.

Als "Verbesserung" werten die sog. Datenschützer den Entwurf in Bezug auf die Auskunftsverpflichtung der Banken gegenüber den Bürgern. Denn: wenn jemand keinen Kredit bekommt, weil eine Auskunftei der Bank unvorteilhafte Informationen über ihn erteilt hat - muß die Bank auf Anfrage "die übermittelten Daten und die übermittelnde Stelle" mitteilen. Wie schön für denjenigen, der den Kredit nicht bekommt!

Um bei der Überwachung zu bleiben, noch ein Tip: in Dänemark gibt es die Personenkennkarte (PK) schon. Diese netten Dinger werden in Schweden hergestellt und dort radioaktiv bestrahlt, um eine Fälschung auszuschliessen. Ein Nebeneffekt ist, daß die Kinder im Physikunterricht spannende Suchspiele mit Geiger-Müller Zählern veranstalten können. Versteckspiel '84.

■

"Denen kann geholfen werden"

Die autonomen Demo - Sanitäter Ffm bieten interessierten Gruppen (z.B. Friedensgruppen) Erste-Hilfe-Kurse für medizinische Laien an. Thema: Selbstschutz und Erste Hilfe bei typischen Demoverletzungen mit praktischen Übungen. Der leichtverständliche Kurs soll euch beim Einschätzen von Verletzungen und den ersten notwendigen Handgriffen helfen (Transport, Lagerung, Augenspülen bei Gaseinsatz...).
Dauer: 1 Vor- oder Nachmittag
Zeit: nach Absprache im Sept. oder Okt.
Interessierte Gruppen schreiben an:
Sanigruppe
c/o Gesundheitsladen
Arnsburgerstr. 64
6 Ffm

Sorry, wir sind leider etwas spät dran. Interessierte können ja trotzdem mal die Sanis anschreiben.



Die Berliner Ortsgruppe der FAU plant eine ca. 50seitige Broschüre mit dem Arbeitstitel:
ANARCHO-SYNDIKALISMUS HEUTE

Die Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher Bereiche soll im Vordergrund stehen, auf die aus A.-S.-Sichtweise Stellung bezogen werden soll. Es soll versucht werden, den unterschiedlichen Einschätzungen Rechnung zu tragen, Gemeinsamkeiten zu betonen und offene Fragen als solche darzustellen.
GLIEDERUNG:
- Theoriegeschichte des A.-S. im gegenwärtigen Bezug
- Organisationsansatz F.A.U.
- Dienstleistungs-/Produktionsbereich
- Teilzeitarbeit, Jobber
- Rationalisierung
- Arbeitslosigkeit
- Ökologie/Ökonomie
- Antiimperialismus
- Antimilitarismus
- Internationalismus
- soziale Bewegungen

Alle FAU-Ortsgruppen sind aufgerufen, sich zu beteiligen! Redaktionsschluß ist Anfang Dezember.
Kontakt:
Wolfram Beyer
c/o FAU
Cranachstr. 7
1000 Berlin 41
Tel. Mi. 19-21 h: 030/8554032
" priv. " 4912001

DIE SOZIALISTISCHE REPUBLIK

1931 stürzte die Diktatur von Carlos Ibanez del Campo. Die schwere Wirtschaftskrise erlaubt es einer Gruppe von 4. Juni 1932, einen Staatsstreich durchzuführen. Sie erklären Don Marmaduge Grove zum neuen Regierungschef, der daraufhin die sozialistische Republik in Chile ausrief. Kaum zwei Wochen später beenden die Militärs dieses Spiel wieder. Da Grove mit den Arbeitern und ihren Gewerkschaften nichts zu tun hatte, kümmerten sich diese auch weder um seine Republik noch um seinen Abgang.

1931: Wiederaufbau der chilenischen Gewerkschaftsbewegung. In der Arbeitswelt setzte sich die anarcho-syndikalistische CGT (Confederación General de Trabajadores - Allgemeine Arbeiter Konföderation) durch, die unter dem Einfluß der Industrial Workers of the World (IWW) gegründet wurde. Im politischen Bereich unternahm die Kommunistische Partei große Anstrengungen um die, von ihr unterwanderte FOCH (Chilenische Arbeiter Föderation), wieder aufzubauen, was jedoch fehlschlug.

Von 1931-34 sind es die Gewerkschaften der CGT, die aktiv sind und die Arbeiterbewegung wieder aufmöbeln. In dieser Zeit entschied nur die Basis in der Gewerkschaftsbewegung und sie kämpfte für klare revolutionäre Prinzipien und Ziele. Keine politische Partei konnte sie kontrollieren. Um diesen Zustand zu beenden suchten die Parteien nach neuen Wegen die Gewerkschaften zu beherrschen.

Die Gründung der PS (Partido Socialista), der PR (Partido Radical), der Falange und der PC (Partido Comunista) verursachte einen Bruch unter den Arbeitern. Die Parteien begannen mit einer Kampagne für den "legalen" Zusammenschluß in Gewerkschaften, wohlwissentlich damit die Autonomie der Gewerkschaften zu unterbinden. Den Anhän-
Da die Volksfront als Regierungsbündnis scheiterte, spaltete sich die CTCH wiederum in zwei Fraktionen auf: einen PS und einen PC-Sektor.

gern von PS, PC, PR und Falange, deren Ambitionen es waren, zu regieren, gelang es 1934 in Santiago eine neue Gewerkschaftszentrale zu gründen. Als diese CTCH (Confederación de Trabajadores Chilenos - Konföderation der chilenischen Arbeiter) ins Leben gerufen wurde, bekam B. Araya (PC) das Amt des Generalsekretärs, B. Ibanez (PS) wurde zweiter Sekretär. Die übrigen Posten wurden zwischen PR und Falange verteilt.
Ab 1934 wird die chilenische Arbeiterbewegung von zwei Fronten vertreten:
Die eine unter dem Banner der CGT, anarcho-syndikalistisch, revolutionär, die andere Seite unter der Fahne der CTCH, die von den reformistischen Parteien beherrscht wird.



DIE VOLKSFRONT

1938 wird Don Pedro Aguirre Corda, der Kandidat der Volksfront, ins Präsidenten Amt gewählt.
In der Regierungszeit der Volksfront verhielt sich die CTCH sehr hilfreich zu den Parteien, die ihre Geburtshelfer gewesen sind, nicht aber zu den Arbeitern, die zu vertreten sie vorgab. Sie bremste den kreativen Schwung der Gewerkschaften und bewirkte deren Unterwerfung unter die Parteien.
Mit dieser Volksregierung, mit diesen Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse beriefen, ist zum ersten Mal im nationalen Rahmen die destruktive Rolle der politischen Parteien in der chilenischen Gewerkschaftsbewegung deutlich geworden.
Es hat sich gezeigt, wie die Selbstständigkeit der Arbeiter eingedämmt werden kann und wie eine Gewerkschaft ihren revolutionären Charakter verlieren kann.

1946:
GONZALES VIDELA UND "DAS VERFLUCHTE GESETZ"

Mit Unterstützung der PC und der Linksparteien wird Videla (Radikale Partei) zum Präsidenten gekürt.
Er erklärte die Kommunistische Partei für ungesetzlich und erließ das "Gesetz zur Verteidigung der Demokratie". Dieses Gesetz diente als Vorwand um eine neue Repressionswelle zu starten: Verhaftungen und Sicherheitsverwahrungen für leitende Funktionsträger. Die chilenischen Arbeiter werden von diesem Gesetz erdrückt, am schlimmsten leidet jedoch die PC unter der Repression.
1952 wird eine berüchtigte Person erneut zum Präsidenten gewählt: Carlos Ibanez del Campo, der zwischen 1927 und 1931 die Gewerkschaftsbewegung, durch seine Diktatur, fast aufgerieben hatte.
In der Arbeitswelt behielten die CGT und die MUNT, beides anarcho-syndikalistische Organisationen, ihre Aktionen bei.
Die CTCH, mit ihren zwei Flügeln, rief zur Einheit der Arbeiter auf, um wieder einmal eine Volksfront gegen das Unternehmertum zu bilden.

DIE GRÜNDUNG DER CUT

Am 1. Mai 1952 wird im Rahmen einer großen Versammlung eine Gewerkschaftskomission gebildet, die einen nationalen Kongreß vorbereiten soll. Dieser fand im Februar 1953 statt und brachte die Gründung der CUT (Central Unica de Trabajadores - Arbeitereinheitsgewerkschaft) mit sich.

NATIONALRAT:
Präsident - C. Blest (Unabh.)
Vizepräsident - B. Cazanova (PS)
Generalsekretär - I. Godoy (PS)
Schatzmeister - J. Vargas (PC)

NATIONALRÄTE:
Cea (Falange), Quiroga (DC), Moreno (DC), Diaz (PC), Alegria, Araya, Pradenas, Fuigueroa, Reydes (PS), Aguirre (PS), Long (PS), Miranda, Dominguez, Duran, Celso Poblete (Anarcho-Synd.).

Die CUT rekrutierte ihre Nationalführung zu 70% aus den marxistischen Parteien, die die Unterwerfung der Gewerkschaftsbewegung erneut betrieben.
Der Nationalrat der CUT erstellte ein Programm von fünfzehn Punkten. Mit dieser Plattform, für einen gemeinsamen Kampf, herrschte eine Zeit der Einheit und der Aktion. Die Räte der Provinzen, Regionen und Bezirke organisierten ihre Struktur im ganzen Land und die Einheit der chilenischen Arbeiter war eine zeitlang Realität geworden. Handarbeiter, Intelektuelle, Bauern, Studenten und Lohnabhängige hatten sich der CUT angeschlossen.
Große Veranstaltungen fanden im ganzen Land statt und es gab bei den Arbeitern allgemeine Übereinstimmung darüber, dem Unternehmertum und dem Staat gegenüberzutreten.
Das Klassenbewußtsein der chilenischen Arbeiter entwickelte ein einheitliches Handeln, in bisher nicht gekanntem Ausmaß, das Stück für Stück der Kontrolle der politischen Parteien entglitt. Die Gewerkschaften handelten gemäß dem Statut der Kampfplattform, wobei sie in verschiedenen Gegenden eine Handelungsbereitschaft von sehr hohem Niveau bewiesen. Das kapitalistische System hatte in den chilenischen Arbeitern einen Gegner gefunden, der weder den sozialen Kampf fürchtete, noch vor ihm zurück wich.
Damals war das gesellschaftliche Klima ein offener Kriegszustand gegen die Gegebenheiten. Die CUT hatte eine Kampagne der partiellen Arbeitsniederlegungen entwickelt um den nationalen Generalstreik vorzubereiten. Die Arbeiter verlangten nach einer sozialen und politischen Umstrukturierung.

GENERALSTREIK JULI 1956

Unter diesen Umständen erklärte die CUT den Generalstreik.
Bei dieser Aktion zeigte





sich die Fähigkeit und Stärke des revolutionären Syndikalismus sehr deutlich:
Die Arbeitsniederlegung wurde von allen eingehalten!
Dies hat es nie zuvor in Chile gegeben. 48 Stunden lang blieben alle Räder stehen und die Regierung Ibanez wankte. Er drohte damit die Regierung zu verlassen und der CUT die Verantwortung und Verwaltung des Landes zu überlassen. Ibanez rief dann die Chefs der Linksparteien zu sich und ließ sie seinen Entschluß wissen, das Amt niederzulegen. Erschrocken baten die Politiker den Präsidenten damit zu warten, sie wollten eine Komission der CUT einberufen um ein Memorandum und eine Petition zu erstellen. Weiterhin verbürgten sie sich dafür, die CUT zur Aufgabe des Generalstreiks zu bewegen.
Die CUT ernannte eine Komission von sieben Räten, denen C. Blest, ein Unabhängiger, vorstand. Diese Leute überreichten Ibanez das Memorandum und die Petitionen der Arbeiter des ganzen Landes.
Als Ibanez eine Woche Bedenkzeit verlangte, während der die Arbeiter wieder arbeiten sollten, brachen in der CUT die Auseinandersetzungen aus. Nach zwei Tagen wurde der Generalstreik mit den Stimmen von PS, PR, Falange und PC beendet.
Nur die vier Anarcho-Syndikalisten hatten sich geweigert die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne die Basis vorher befragt zu haben.
Die Rückkehr zur Arbeit fand in einer Stimmung der Desorientierung und völliger Verwirrung statt. Kaum einer der Arbeiter sah einen Sinn darin den Streik in seiner stärksten Phase abzubrechen, ohne eine einzige Zusage bekommen zu haben.

JULI 1956
DIE KONSEQUENZEN DER NATIONALEN ARBEITSNIEDERLEGUNG

Die gewerkschaftliche Einheit ist, trotz jahrelanger Bemühungen der Arbeiter, gebrochen worden, da es gelungen war die Interessen der politischen Parteien



Elendsviertel in Santiago: „Beispiel privater Raffgier"

über die der Arbeiter zu stellen. Die Interessen antagonistischer Klassen standen auf dem Spiel.
Ein weiteres Mal hatte die zerstörende Arbeit der Parteien den Syndikalismus daran gehindert, die gesellschaftliche Veränderung voran zu treiben.
Monate später, 1957, rief die CUT zu einem neuen Generalstreik auf, um die Erfüllung der Forderungen von 1956 zu erlangen.
Dieser Streik wurde eine Niederlage, denn das Vertrauen in die führenden Personen war geschwunden - und die Regierung reagierte mit harter Repression. Eine Verhaftungswelle gegen die Wortführer zog über das Land.
Die Parteien PS, PC und PR einigten sich auf einen Amnestievorschlag, der später angenommen wurde.
Die anarcho-syndikalistischen Räte verzichteten nach diesen Erfahrungen auf eine weitere Beteiligung an dem dreckigen Spiel.
Ab 1957 war die CUT zu einem Fischteich der Parteien degeneriert, die sich untereinander um die Kontrolle der Gewerkschaft stritten.

Dieser historische Rückblick verdeutlicht den revolutionären Charakter der chilenischen Arbeiterbewegung in ihren ersten Ausdrucksformen im Kampf um die Veränderung der Gesellschaft.
Halten wir fest, daß die gegenseitige Unterstützung, wie sie von den "Gesellschaften für gegenseitige Hilfe" praktiziert wurde, eine große humane Empfindsamkeit entwickelt hat. Als Folge dieses Einflusses hat sich ein größeres Klassenbewußtsein bei den chilenischen Arbeitern eingestellt.
Vergegenwärtigen wir uns auch, welche große Bedeutung sie der Erziehung und dem Erwecken von kulturellem Interesse bei ihren Mitgliedern beimaß.
Betrachtet man die chilenische Gewerkschaftsbewegung, so stellt man fest, daß diese ideologische Strömung von Anfang an einen revolutionären Charakter hatte. Diese Bewegung hat für die Zerschlagung des kapitalistischen Systems und für die Zerstörung des Staates gekämpft. Den politischen Parteien, die nur daran interessiert waren, die Gewerkschaften zu benutzen und zu manipulieren, ist es gelungen, deren revolutionären Charakter aufzuweichen und schließlich zu beseitigen.
So hat die CUT, während der Regierung des Sozialisten Allende, ihre Rolle als Registrierkasse für die Manipulationen der marxistischen Parteien im gewerkschaftlichen Bereich sehr gut erfüllt.

Coordination Libertaire Latino-Americaine

NACH: "LE MONDE LIBERTAIRE" Organ der Fédération Anarchiste - Nr.491

■

Der Fortschritt hat viele Gesichter

IM ZENTRUM DER PROKTATUR DES DILETARIATS STEHT DAS PROLETARIAT

Im Sommer 83 wurde in westlichen Massenmedien von einer in der UdSSR zirkulierenden Studie berichtet, deren Verfasser vom "Institut für Ökonomie und Organisation der industriellen Produktion" an der sibirischen Pazifikküste in Novosibirsk, sich Sorgen um das Wohlergehen der bürokratischen Lüge machen.

Das höchstwahrscheinlich offiziell abgesegnete Elaborat steht im Zusammenhang mit Äußerungen der Krätze aus den Kasematten des KGB, des sowietischen Staats- und Parteichefs, Juri Andropov. Diesem verläuft "die



— Куда же это я должен был съездить во время рабочего дня?

Wenn ich doch bloß noch wüßte, wohin ich während der Arbeit gehen sollte?

Anpassung des sowjetischen Wirtschaftssystem an die Erfordernisse der Zeit" entschieden zu langsam. Dem Ersten unter den Bürokraten dürstet es nach neuen Ideen.

Auf einer äußerst öden Veranstaltung der Grünen im Rahmen des hessischen Wahlspektakels, sagte der exilierte Protagonist des tschechoslovakischen Reformkurses von 1968, Zdeněk Mlynář, daß die oben erwähnte Studie den Reformvorstellungen des durch die brüderlich vereinigten Panzer des "Warschauer Pakts" vor 15 Jahren liquidierten "Prager Frühlings" sehr nahe kommen würde. Auch in den Kommentaren der bürgerlichen Öffentlichkeit wurde recht wohlwollend über die "reformerischen bis ketzerischen" Ideen aus Novosibirsk geurteilt.

Diese positive Resonanz, auf



— Хорошо что вовремя вспомнил...
Рисунок Ю. ЧЕРЕПАНОВА.

Wie gut, daß ich mich erinnern konnte...

die die "Reformvorschläge" bei den verschiedenen Freunden Realsozialismus, des Reformsozialismus sowie der freien Marktwirtschaft gestossen sind, verwundert nicht, schaut man sich den Text genauer an.

Beim Lesen ist leicht festzustellen, daß die sibirische Studie nur ein einziges, banales, aber anscheinend immer mühsamer zu realisierendes Ziel anvisiert:
Die Ausbeutung des Proletariats muß intensiviert, d. h. den neuen, durch die technologische Entwicklung diktierten Erfordernissen angepaßt werden, ohne die alte soziale Ordnung anzutasten.

Die sowietischen Spezialisten der sozialen Kontrolle, die diversen Sozialwissenschaftler, Verhaltsforscher etc. werden unmißverständlich aufgefordert, endlich ihre Existenzberechtigung dadurch nachzuweisen, daß sie wirkungsvolle Techniken entwickeln, die die größtmögliche Effizienz der Beherrschung der Gesellschaft, vor allem des Proletariats, durch die kommunistischen Chefs gewährleisten.

Gefordert wird also, was in den westlichen kapitalistischen Staaten seit langem Praxis ist. Dort arbeitet das Heer der staatlich geförderten Denker und Kritiker, mit dem diesen Figuren eigenen Eifer, an der Abwendung des sozialen Krieges, der Sicherung von sozialem Frieden und Rentabilität.

Die sovietischen Reformvorstellungen bewegen sich natürlicherweise innerhalb der altbekannten, stinkenden Ordnung.

Zu welchen Resultaten die innerbürokratische Diskussion auch immer führen wird, die Geschädigten stehen schon fest: die Proletarier der auf dem Staatsgebiet der UdSSR lebenden Völker.

Die beschränkten Verfasser der Studie resümieren zunächst die Tatsache, nach der in den letzten 15 Jahren in der UdSSR eine rückläufige Tendenz bei der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts zu bemerken ist. Diese liegt nämlich nicht mehr wie Ende der 60er Jahre bei 7,5%, sondern bei 2,5%.

Da die Bevölkerung jährlich um 0,8% anwachse, könne eine derartig niedrige Wachstumsrate weder die Anhebung des sogn. Lebensstandarts noch die Modernisierung der Produktion gewährleisten. Um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, sei es notwendig die Ursachen für die negativen Tendenzen zu erkennen und zu beseitigen. Dazu gehören u.a. neben der Unterentwicklung der Infrastruktur "das mangelnde Interesse der Arbeiterschaft an den Ergebnissen ihrer Arbeit und die schwach entwickelte Arbeitsdisziplin."

Die eigentliche Ursache der Misere aber sei "das Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse und des sie widerspiegelnden Systems der staatlichen Wirtschaftslenkung hinter dem Niveau der Produktivkräfte", d.h. "die Unfähigkeit dieses Systems, die vollständige und effiziente Nutzung des geistigen und materiellen Potentials der Gesellschaft zu gewährleisten."

In diesem Zusammenhang wird kritisiert, daß Teile der sovietischen Bürokratie im Wesentlichen zwei falschen dogmatischen Auffassungen anhängen.

Erstes Dogma:
"Die sozialistischen Produktionsverhältnisse "überflügeln" stets die Produktivkräfte, was Widersprüche zwischen ihnen ausschließt."

Dazu erinnert die Studie an die marxistische Auffassung, nach der sich der Widerspruch zwischen einem relativ hohen Niveau der Produktivkräfte und den zurückgebliebenen, zu engen Produktionsverhältnissen,tendenziell in revolutionärer Veränderung der Produktionsverhältnisse durch die fortschrittlichste Klasse äußert. Die Reformer, die lächerlicherweise vorgeben, von dieser These auszugehen, reden blauenhaft vom Vorhandensein des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der UdSSR. Dessen Lösung erblicken sie aber, wen wunderts, im Sieg der "modernen" Fraktion der

КРОКОДИЛ



Warum ist Brigadist Petrov nicht zur Besprechung der Weizenernte anwesend?

– Er erntet schon, Genosse!

herrschenden Klasse, deren Existenz ja selbst, der beste Beweis für den antiken Charakter der realsozialistischen Produktionsverhältnisse ist. Das Proletariat bleibt in der "neuen" Interpretation der Realität auch weiterhin Objekt der Begierde.

Zweites Dogma:
Die in der sozialistischen Produktion beschäftigten Arbeiter müssen der zentralisierten Leitung "von oben" unterworfen sein, da sie als Arbeitskräftepotential von Natur aus nicht selbstständig auftreten, sondern ausgenutzt werden, nicht agieren, sondern funktionieren, den Arbeitsplatz nicht wechseln, sondern verteilt und umverteilt werden. Da die sovietischen Arbeiter ohnehin kein Interesse an der Verwaltung der Betriebe haben, müssen wir die Chefs, die Sache managen.



Hatten diese Dogmen, so die Reformer, in der Zeit des Genossen Stalin, als die Produktivkräfte relativ schwach entwickelt waren, ihre Gültigkeit, so beweise ein bis in die Gegenwart fortgesetztes krampfhaftes Festklammern an diesem Plunder nur einen gefährlichen Mangel dringend erforderlicher Modernität.



So ermahnt die Studie denn auch die fossileren Schwachköpfe der Bürokratie, sich endlich den großen Herausforderungen der Zeit zu stellen, da es sonst passieren könnte, daß die gesamte Bürokratie mit einer Schlinge um den Hals im Nichts balanciert. Mit den Produktivkräften haben sich nämlich auch die Arbeiter verändert, so die glorreiche Erkenntnis.

Zunächst wird die Lage der Arbeiterklasse im Vaterland der Werktätigen unter urstalinistischer Herrschaft folgendermaßen beschrieben:
Die überwiegende Mehrheit der Industriearbeiter stammte vom Lande, hatte kein großes Rechtsbewußtsein, kein Interesse an der Beteiligung an der Leitung der Betriebe und bildete ein bequemes Manipulationsobjekt. Obwohl es keine Arbeitslosigkeit gab, bestand in vielen Bereichen ein struktureller Arbeitskräfteüberschuß. Fehlende Freizügigkeit, sowie enorme Schwierigkeiten bei der Wohnungsbeschaffung führten zur Beschneidung der Mobilität der Arbeiter.

Das Durchschnittseinkommen lag nur geringfügig über dem Existenzminimum. Staatliche Kranken- und Rentenversicherung war unbekannt. In den Fabriken wurden kriegsrechtähnliche Bestimmungen eingeführt, Verspätungen und Fehlzeiten hart bestraft. Die Menschen wurden von den Herrschenden als "Schräubchen" in einem ökonomischen Mechanismus angesehen.

Gehorsam und passiv wie Maschinen, so sollten die "sozialistischen Arbeiter" also sein, in den wachsamen Augen des Chefs der Avantgarde des Proletariats, der KPdSU, der bereits Ende der 30er Jahre den Sozialismus als vollendet dekretierte und alsbald den "sovietischen Menschen" auf einem steinigen Pfad zum Kommunismus marschieren ließ.

So war es damals, aber heute hat sich allerlei verändert, stellen die aufmerksamen Reformer fest.
Die ökonomischen Strukturen, die Produktivkräfte sind komplizierter geworden und diese machen einige neue Verrenkungen der Menschenschinder erforderlich.
Der höhere Entwicklungsstand der Arbeiter (Bildung, Selbstbewußtsein), "die sich ihrer Interessen wohl bewußt und notfalls auch bereit sind sie zu verteidigen, macht sie zu einem viel zu schwierigeren Manipulationsobjekt als das früher der Fall war."
In vielen Bereichen der Industrie herrscht Arbeitskräftemangel, die Arbeitskräfte müssen also sorgfältiger behandelt werden. Die Einführung neuer technologischer Systeme "hat die Anforderungen an die Qualifikation, die Verläßlichkeit und das Veranwortungsbewußtsein der menschlichen Arbeitskraft, sowie an die subjektive Funktionsfähigkeit des Arbeiters erheblich verstärkt".

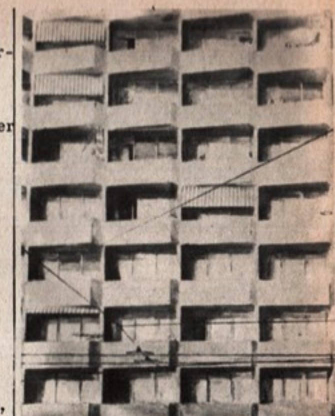
Die Lenkungsorgane, so kritisiert die Studie, erweisen sich als chronisch unfähig das selbstbewußter gewordene Proletariat weiterhin profitabel zu beherrschen, d. h. sie sind unfähig "die gesellschaftlich notwendige sozialökonomische Anpassungsbereitschaft der Werktätigen zu gewährleisten". Dabei ist eine für die herrschende Klasse erfolgreiche Produktionsplanung heutzutage nur möglich, wenn es gelingt das "Verhalten der Arbeiter" voll in den Griff zu bekommen.
Gelingt das nicht, so wird der Arbeiter weiterhin bleiben was er ist, "das schwächste Glied der technologischen Kette", d.h. des Produktionsablaufs.

Das Proletariat wird von den Reformern, welch eine Erkenntnis, als intelligent genug angesehen, mit immer neuen Kampfformen die staatlichen Planer zu verwirren. Immerhin dämmerts ihnen: "die Regulierung des ökonomischen Verhaltens der Arbeiter ist eine komplizierte Angelegenheit".

Moderne Arbeiter, die sich einer schwach entwickelten Arbeitsdisziplin erfreuen, ziehen es vor, statt ihre Arbeitszeit voll "mit produktiver Beschäftigung" auszufüllen, "zu bummeln, sie genehmigen sich Stillstandzeiten und trinken am Arbeitsplatz", so wehklagen die Reformer.
Auch durch "die Einführung eines Systems fester Regeln, erhöhter Anforderungen an die Arbeitsdisziplin, verstärkte Arbeitszeitkontrollen", d.h. "vollständige Ausnutzung der Arbeitszeit", ändert sich die Lage nur unwesentlich. In dieser Situation zeigt sich "die individualpsychologische Einstellung der Arbeiter zur Arbeit in einem unterschiedlichen Grad der Arbeitspräzision und der dementsprechend schwankenden Qualität des Produktes".

> "Natürlich wäre es, allgemein gesprochen, ohne Wodka besser, denn der Wodka ist ein Übel."
> J.W. Stalin, 1927

Den konservativen bürokratischen Schrumpfköpfen fällt darauf nichts besseres ein, als mit einer noch strengeren Reglementierung zu reagieren.
Das Proletariat kontert mit einer "verantwortungslosen Einstellung zum Rohstoff-, Energie- und Materialverbrauch", sowie mit "Desinteresse an der Verwaltung und an Rationalisierungsvorhaben".
Was also tun, fragen die Reformer und stellen umgehend fest: All die rigorosen Reglementierungen bringen es leider mit sich, daß bedingt durch erhebliche Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der von oben erlassenen zahllosen Vorschriften, fehlender Ausführungskontrollen, d.h. durch die Verschlagenheit der Arbeiterklasse, ist in der Praxis "der wirtschaftliche Freiraum der Arbeiter nicht nur nicht weiter eingeengt sondern weitet sich mitunter sogar noch aus". "Der Raum für positive Initiativen der Werktätigen wird auf Null reduziert, während der Spielraum für gesellschaftsfeindliches Verhalten recht groß bleibt".
Initiativ und kreativ Handelnde werden die Arbeiter erst außerhalb der Zentren für Zwangsarbeit, den staatseigenen Produktionsstätten.
Und das gefällt den tollen Reformern, den zurückgebliebenen Nacheiferern ihrer erbärmlichen westlichen Kollegen, ganz und gar nicht. Ihr Ziel ist es ja "die Ausschöpfung aller gesellschaftlichen Reserven sowie des gesamten kreativen Potentials der Werktätigen zu erreichen".
Dazu beabsichtigen diese Figuren, das Verhalten der Arbeiter zu "formen" und deren Subjektivität in "ökonomische" Aktivitäten, "in eine für die Gesellschaft nützliche Richtung" zu lenken. Es ist klar, daß die Reformer als Fraktion der herrschenden Klasse nichts anderes damit im Sinn haben, als den irren Traum, sämtliche Lebensäußerungen der Arbeiter in eine für die Bürokratie nützliche Richtung konditionieren zu können.
Die Arbeiter sollen mehr Verantwortungsbewußtsein zeigen und



soweit es dringend erforderlich ist sogar mitdenken.
Ihnen soll das Gefühl eingetrichtert werden (ein schwieriges Unterfangen), daß sie die Herren in den Fabriken sind und diese Position am besten dadurch ausfüllen, daß sie mehr und besser arbeiten, - Sie sollen schön mit- aber nichts kaputtmachen.

Die Reformer meinen, daß "das bestehende System von sozialen Gruppen geändert werden muß, die darin ziemlich hohe Positionen bekleiden" und daß "die Versuche der zentralen Machtorgane die Produktionsverhältnisse an das höhere Niveau der Produktivkräfte anzupassen Konflikte produzieren" werden. Als "System und Produktionsverhältnisse" werden hier lediglich die veralteten Herrschaftsmethoden definiert, die Herrschaft des Partei- und Staatsapparates als Klasse bleibt, na klar, unberührt. Die "Konflikte" von denen die Rede ist, beziehen sich in erster Linie auf Auseinandersetzungen innerhalb der bürokratischen Hierarchie. Arbeiter erscheinen nur als Hilfstruppen der einen oder anderen Fraktion.
Autonome Aktionen der Arbeiterklasse zur Änderung und vollständigen Aneignung ihres Lebens sind auch unter der Obhut der moderneren Freunde der Proktatur des Diletariats als obszöne und konterrevolutionäre Handlungen strengstens verpönt und werden unermüdlich verfolgt.
Ein Sieg der reformistischen Teile der Bürokratie scheint ebenso möglich wie deren Verschwinden. Egal. So oder so. Kadaver haben keine Zukunft.

von Ahoi Dibbuk



Nach dem 1. Kommuniqué der "Emmanuel Goldstein Gruppe" Warschau, welches vollständig in "Die Freie Gesellschaft" Nr. 9 und auszugsweise in "Schwarzer Faden" Nr. 3/83 bereits veröffentlicht worden ist, veröffentlichen wir eine Stellungnahme einiger Mitglieder dieser Gruppe zur westlichen Friedensbewegung.
Wir begrüßen die folgende Erklärung von Mitgliedern der Emanuel Goldstein Gruppe ausdrücklich, sind aber mit der dort geäußerten pauschalen Kritik an der westlichen Friedensbewegung hinsichtlich deren Einseitigkeit, nicht ganz einverstanden.
Wir wissen, daß Teile der Friedensbewegung sich nicht darauf beschränken borniert auf Pershing zu starren um so die reale Situation in den osteuropäischen Ländern zu übersehen. Allerdings wissen wir auch, unter welchen Bedingungen eine solche, von unseren libertären Freunden in Polen geäußerte Einschätzung zu stande kommt.
In Polen stehen den Menschen für Informationen über Ereignisse im westlichen Ausland nur zwei Quellen zur Verfügung, nämlich die offizielle Propaganda sowie die Sendungen von BBC, Radio Freies Europa etc. Beide Quellen propagieren und verstärken aus unterschiedlichen Gründen die einseitigen Äußerungen von Teilen der Friedensbewegung. Im staatlichen Fernsehen gibt es nur Bilder von Transparenten usw. zu sehen, die sich gegen die Aufrüstung der USA richten. Anderes wird einfach nicht gezeigt. Die westlichen Sender verstärken diese Darstellung noch, indem sie zum Teil fälschlicherweise die Friedensbewegung als ausschließlich gegen die NATO gerichtet denunzieren.

die Redaktion

POLNISCHE ANARCHISTEN:

BEUNRUHIGENDE TENDENZEN

- Ein Jude kommt zu einem Rabbiner und fragt: "Rabbi, du bist sehr weise, sage mir, wird es einen Atomkrieg geben?" "Nein, einen Atomkrieg nicht", antwortet der Rabbi, "aber es wird solch ein Kampf für den Frieden toben, daß kein Stein auf dem anderen bleibt".-

Dieser in der UdSSR hinter vorgehaltener Hand erzählter Witz, illustriert die authentische öffentliche Meinung in den realsozialistischen Staaten, zu den einseitigen Friedenskampagnen im Westen.

Wir möchten in aller kürze, die Aufmerksamkeit unserer libertären Freunde im Westen auf uns beunruhigende Tendenzen innerhalb der westlichen Friedensbewegung lenken.

Vor allem sind wir entsetzt über das Ausmaß sowjetischer Infiltration der Friedensbewegung, die das Ziel anvisiert, diese im Einklang mit den Interessen des sowjetischen Imperialismus handeln zu lassen.

Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die Konstruktion eines dauerhaften Friedens nur das Resultat eines solidarischen Kampfes aller Völker gegen "ihre" Armeen sein kann.

Derzeit vergißt die westliche pazifistische Bewegung allzuleicht den von der UdSSR und ihren Sateliten geführten Krieg in Afganistan, die andauernde Okkupation der baltischen (dh. Lettlands, Littauens und Estlands), sowie der mitteleuropäischen Länder. Auch die permanente Mißachtung der Grundrechte von Millionen von Menschen wird kaum beachtet.

Die Friedensbewegung fürchtet Pershing mehr als SS 20; über die gewaltige sowjetische Aufrüstung, welche eine der Ursachen für die dürftigen Lebensverhältnisse der osteuropäischen Bevölkerung darstellt, wird nur flüsternd gesprochen.

Friedensaktionen, deren einziges Ziel es ist, sich der verbrecherischen Politik des Pentagons und der NATO zu widersetzen, sind für uns gleichbedeutend mit der Unterstützung des sowjetischen Imperialismus.

Die Forderung nach der Nichtstationierung amerikanischer Erstschlagwaffen ohne gleichzeitige Verurteilung des sowjetischen Militarismus und Imperialismus unterstützt dessen Position im globalen Krieg zur Neuaufteilung der Einflußsphären. Daran können wir kein Interesse haben.

Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß es erforderlich ist den Teilen der "Friedensbewegung", die sich der Sache einer bestimten (welcher ist uns gleichgültig) imperialistischen Macht verschrieben haben, entschiedenen Widerstand entgegen zu setzen.

Selbstverständlich bedeutet das eben nicht, den sowjetischen Imperialismus als einsamen Aggressor, als alleinige Quelle des Wettrüstens zu betrachten. Dies würde lediglich dazu führen, den imperialisti-

schen Zielen anderer Staaten wie z.B. der BRD, der USA oder China Vorschub zu leisten.

Leider müssen wir feststellen, daß solch eine Meinung von den Autoren des "KOS" - Briefes an die Friedensbewegung im Westen" vom 9.5.1983, vertreten wird.1) Wir erklären uns damit nicht einverstanden und bedauern diese Position.

Eine kosequente Friedensbewegung kann nur enstehen in Vereinigung der im osteuropäischen Untergrund tätigen Feinde der Rüstung (vor allem in der DDR, Ungarn und Polen) mit ebensolchen Gruppen im übrigen Europa und auf anderen Kontinenten.

Wir meinen, daß der kontinuierlich durchgeführte Austausch von Informationen, die solidarisch und international geführte Diskussion zwischen den Feinden der Herrschaft und der Ausbeutung in Ost und West helfen wird, die Einseitgkeit der Kritik, also die "beunruhigende Tendenzen" zu überwinden.

Warschau, 25.10. 1983

1) In diesem Brief des KOS(2) wird die us-amerikanische Politik z.B. in Mittel- und Südamerika, die Unterstützung der türk. Militärjunta durch die EG,USA und NATO, v.a. durch die BRD mit keinem einzigen Satz gebrandmarkt. Die SU erscheint dort als einzige aggressive, die grundlegenden menschlichen Rechte mißachtende Macht. (Anm. der Redaktion)

2) KOS d.h."Komitee des gesellschaftlichen Widerstandes" ist wohl die bedeutendste oppositionelle Gruppe in Polen, die selbstverständlich unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten muß. Das dem aufgelösten KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, 1976 nach großen Streiks gegründet) nahestehende KOS wird im allgemeinen als "sozialdemokratisch" charakterisiert. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß gegen viele Mitglieder des KOR (z.B.Kuroń, Michnik) in den nächsten Wochen Staatsschutzprozesse durchgeführt werden. Ende Okt.'83 entblödete sich General Jaruzelski nicht, den politischen Gefangenen "Straffreiheit" anzubieten, wenn diese sofort in den Westen verschwinden würden. "Geht doch rüber", heißt das auf deutsch. Unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen, auch in Polen, ist unbedingt erforderlich.(Anm. der Red.)





kurzes

BLACK FLAG & ABC

Das ABC (Anarchist Black Cross), unsere internationale Gefangenenhilfsorganisation sowie die Zeitung BLACK FLAG haben eine neue Adresse :
Black Flag & ABC
c/o Box ABC
121 Railton Road
London SE 24, GB

Die BF erscheint seit einiger Zeit in zwei Variationen: 4 vierteljährliche Ausgaben sowie 14 tägige Bulletins bieten regelmäßige und allgemeine Informationen. Der Abopreis beträgt 9 Pfund p.a..

■

Cuba

Wir haben in der letzten Ausgabe über fünf, von der Hinrichtung bedrohte kubanische Arbeiter berichtet (nach DFG). Diese hatten versucht, nach polnischem Vorbild, eine illegale Gewerkschaft aufzubauen. Da sie durch die Propagierung eines Streiks in der Zuckerindustrie wegen Gefährdung der "Staatssicherheit" angeklagt wurden, kam das Todesurteil zustande. Dieser feige Mord des Castro-Regimes wurde jedoch schon im Januar begangen, an Arbeitern, die alle im Alter um zwanzig Jahre waren.
Was mit den etwa zweihundert anderen Kollegen, die in dem gleichen Zusammenhang verhaftet wurden, geschehen ist, haben wir noch nicht erfahren.

Ezquiel Diaz Rodriguez
José Luis Diaz Romero
Donato Martinez Garcia
Carlos Garcia Diaz
Benito Garcia Diaz

Für die Vorbereitung eines Streiks und für den Aufbau einer Gewerkschaft ermordet.

■

RADIO ZINZINE

Seit Juni 1981 sendet Radio Zinzine in Südfrankreich, ab1983 im 24 - Stundenbetrieb. In den letzten Jahren sind in Frankreich bekanntlich hunderte von "freien Radios" aus dem Boden geschossen. Um sich den allmächtigen Massenmedien zu widersetzen, werden alternative und dezentrale Kommunikationsformen geschaffen. Leider entstand in Frankreich gleichzeitig eine Vielzahl von rechtslastigen, opportunistischen und kommerziellen Radiostationen (z. B. Radio Tour Eiffel, Paris, gegründet von Jaques Chirac, Bürgermeister von Paris und Führer der rechtskonservativen Partei RPR), die mit Geld nur so überschütet wurden und von der Regierung auch problemlos Sendeerlaubnis erhielten.

Radio Zinzine ist mit einer ganzen Reihe anderer Sender in der"FNRL" (Nationale Vereinigung der freien Radios) organisiert, in der über 300 Radios zusammengeschloßen sind.
Fast so alt wie Radio Zinzine ist das wöchentlich erscheinende "Radio Zinzine Info", das nicht nurin der Region und in ganz Frankreich, sondern auch an Freunde und Organisationen in Europa verteilt wird.
Weitere Informationen:(auch in Deutsch):
RADIO ZINZINE
Boit Postale 42
F - 04300 Forcalquier

■



Inhalt von Nr. 12: (64 Seiten)

Schwerpunkt: Kriegsbewegung und Friedensgefahr; NATO-Geheimpläne; Marx - 100 Jahre nach seinem Tode (von Arno Klönne); Staatskritik (von Hans-Jürgen Degen); Spanien-Mythen; Einflüsse auf Orwells 1984; Filmbesprechung: Stalker; Schwarzes Kreuz, Feminismus; Schwalba-Hoth; Verlagsnachrichten; Polen; THTR-Demo; Mühsam; Freie Radios; Rosa Luxemburg; Leserbriefe.

Einzelnummer: 4.- DM
Jahresabo (4 Ausgaben): 15.- DM
30 % Rabatt zzgl. Porto für Wiederverkäufer.
BEZUG: SF, 7410 Reutlingen, Obere Weibermarktstr. 3
Einzahlungen auf das Konto Nr. 57463-703 beim Postscheckamt Stuttgart, Fri Kamann, Reutlingen.

VANCOUVER FIVE

Schatten der Mc Carty Ära...

Am 13.Juni 1983 wurde in dem Haus einiger Aktivisten der Aktion "Free the Five" (siehe "Aktion" 5/82, 1/83,2/83,3/83)eine Razzia gestartet. Die Cops beriefen sich auf ein Gesetz, welches zuletzt 1950 auf dem Höhepunkt des sogenannten "Roten Schreckens" benutzt worden war. Es heißt "Seditious Libel" und kann etwa mit "Aufrührerische bzw.Volksverhetzende Verleumdung" übersetzt werden. Was da allerdings so "Aufrührerisch Verleumderisch" sein sollte, haben die Cops nicht erklärt. Statt dessen wurden einige Sachen beschlagnahmt (unteranderem jegliche Korrespondenz mit den"Vancouver Five"). Die öffentliche Empörung die diese Razzia hervorrief, hat die Polizei zwar davon abgeschreckt, Anklage (wegen "Seditious Libel") zu erheben, dafür wurde aber eine Bewohnerin des durchsuchten Hauses verhaftet, da sie illegal eine Abtreibung vermittelt haben soll.Nach der Verhaftung, bot man ihr an, die Anklage fallen zu lassen, wenn sie die Bomben-Attentäter von "Litton" nennen würde.Trotz der ständigen "Belästigung" durch die Staatsmacht, haben die Unterstützer der "Vancouver Five" hohe Solidarität beweißen:

- Demos in Vancouver,Toronto,Montreal und San Francisco (vor dem kanadischen Konsulat)
- Unterstützergruppen in Vancouver, Calgary, Winnipeg, Toronto, Montreal, Hamilton, Ottawa, Seattle, San Francisco und London.
- Solidaritätsschriften und Protest gegen die Cops und die Medien von: Federation of Woman, die Vancouver District Labour Association, der Cheekye-Dunsmuir Allianz und vielen anderen
- Unzählige Buttons, Flugblätter, T-Shirts, Graffitis und und und......

Nach "Open Road", Extra 1984 Preview

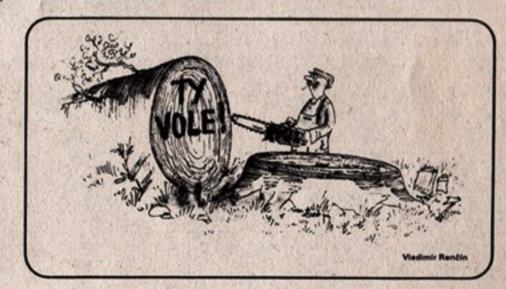
■



CEDRI

CEDRI (europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter)

Es wurde 1982 gegründet und setzt sich vor allem mit der Situation der türkischen Arbeiter und politischen Flüchtlinge in Europa, besonders in der BRD, auseinander.
Es verfolgt z. B. die Lage politisch Verfolgten in der Türkei und sandte Beobachter zu Massenprozessen. Das Komitee gibt regelmäßig ein "CEDRI - Bulletin" heraus. Dieses Bulletin, verschiedene Broschüren (Asylrecht in der BRD usw.) und nähere Informationen über die Arbeit von CEDRI von:
CEDRI
Postfach (o. Missionstr. 35)
Ch-4002 Basel
Schweiz



Du Idiot!

Pořady pro děti

KINDERSENDUNGEN

Auf die geistige Entwicklung des Kindes wirken eine ganze Reihe von Faktoren. Erziehung der Eltern, der Schule, die Auswirkungen des Kinderkollektivs, die Umgebung usw. Und auch das Fernsehen. Natürlich man darf es nicht überdosieren. Selbst die besten Sendungen können niemals den lebendigen Kontakt mit Vater und Mutter ersetzen. Und trotzdem kann auch Fernsehen beiden Eltern nicht nur bei der Erziehung helfen, sondern - Hand aufs Herz - ihnen auch etwas Ruhe von den Kindern gönnen.

Es wird gesagt: für Kinder das Beste! Wenn es sich um Fernsehapparate handelt, gilt das aber auch für Erwachsene. Gute Qualität von Bild und Ton multiplizieren doch unseren Nutzen sowie den Genuß der Fernsehsendungen. Deswegen ist es sinnvoll, einen alten Fernseher durch einen neuen, modernen zu ersetzen. Zur Schau von volltransistorisierten Fernsehern laden Sie Markenläden von TESLA und TESLA Multiservice - Zentren ein.

ıševní vývoj dítěte působí řada faktorů. ıva rodičů, školy, působení dětského kolek- prostředí atd. A také televize. Pravda, í se předávkovat. Sebelepší pořady nikdy ıradí živý kontakt s mámou a tátou. sto může i televize oběma rodičům pomoci ı ve výchově, ale – ruku na srdce – popřát i trochu klidu od dětí.

ı se: pro děti to nejlepší! Pokud jde o tele- ry, platí to však i pro dospělé. Vždyť kvalitní ız a zvuk televizoru násobí náš užitek i po- k z televizních pořadů. Proto je rozumné radit starý dosluhující televizor moderním. rohlídce plně tranzistorových televizorů vás ı značkové prodejny TESLA a střediska LA Multiservisu.

TESLA MULTISERVIS

Aus; "Magazin Mlade Fronty"
(Junge Front Magazin)
Nr. 2/83, S. 93.
Hrsg.: "SSM" (ZK d. Soz. Jugendbundes) i. d. CSSR.





HERBSTPROGRAMM LIBERTÄRES FORUM

Im Libertären Forum werden seit 1981 die unterschiedlichsten anarch. Theorie & Praxisansätze in öffentlichen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt.
Referenten für anderweitig stattfindende Seminare und Veranstaltungen werden über das L.F. vermittelt.
Alle libertären Gruppen sind aufgerufen, sich am Forum zu beteiligen und in gleichberechtigter Weise zukünftige Programme zu gestalten.
Weitere Informationen über die Veranstaltungen im HERBSTPROGRAMM '83 (Okt.-Dez.83) über das L.F. und die FAU-Berlin gibt es bei: W. Beyer
c/o FAU
Cranachstr. 7
1 Berlin 41



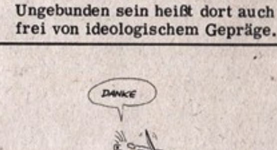


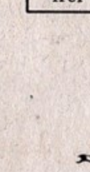
AUFGESTÖBERT...

AUF DER SUCHE NACH DEN WAHREN AMERIKANERN

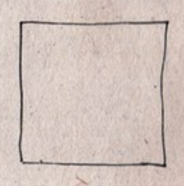
Es ist schon oft kommerzieller Unfug mit ihnen, den Indianern, betrieben worden.
Erst kürzlich tanzte ein echter Indianer für den Überreuther - Verlag auf der intellektuellen Schaubühne der Buchmesse. Demnächst werden sie wohl im neuerdings kulturell - romantischen Touch via Video zu sehen sein, während kapitalträchtiger Disco - Sound die "ärmlich, aber glückliche" Szenerie musikauntermalt!
Hoffnungsvoll mutet dagegen die knapp zwanzigseitige Zeitschrift "amedian" an. Diese heimarbeitliche Produktion lebt von den Geldern ihrer Abonennten, die in den deutsch - indianischen Kreis formell eintreten müssen. Dahinter stehen nur zwei Leute, die Indianer nicht nur in Form von Schaukelstuhllektüre anbieten wollen.
Ungebunden sein heißt dort auch frei von ideologischem Gepräge.
Ihre liberale, manchmal vielleicht etwas zu ausgewogene Grundhaltung führt dennoch zur kritischen Darstellung von wenig erwähnter Indianerpolitik bezüglich imperialer US - Manier, sanfte Kritik auch stellenweise an ethnologischen Machenschaften, die durch kulturell - geistige Vergewaltigung die Indianer ihres Lebensraumes gänzlich berauben.
Die "amedian" angegebenen Buchtips sind für große und kleine Portemonnaies bestimmt, außerdem enthalten sind Angaben zu indianischen Zeitungen.
Alles in allem lohnenswerte Informationsergänzung, zumal der Abonnent den Preis selbst festlegt. - s -

Weitere Information:
Deutsch - Indianischer Kreis
Dr. Axel Schulze - Thulin
Koellestr. 11
7000 Stuttgart 1









In nomine et honerabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schilddrüse
und zu ihrem Wohle
schwören wir:

Die Wahrheit zu sagen und nichts als die Wahrheit, wo sie von Nutzen ist der Sicherheit des Staates, der Großen unseres Landes, des Profits und der Jungs, die für diese Sicherheit ihr Bestes geben in Polizei, BGS und Bundeswehr,
sie aber zu verschweigen, wo sie den Vorgenannten abträglich oder von ihnen verboten ist.

In nomine et honerabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schilddrüse
und zu ihrem Wohle
schwören wir:

Alles zu tun oder zu unterlassen, was in unseren niedrigen Kräften steht, die Aufträge der Sicherheitskräfte **nicht** zu gefährden, zu behindern oder zu belästigen — sondern zu ermöglichen, zu erleichtern, ja vorwegzunehmen.

In nomine et honerabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schilddrüse
und zu ihrem Wohle
schwören wir:

Die Unbesonnenheit und Zügellosigkeit unseres jugendlich wirkenden Leichtsinns unterzuordnen den weisen und mäßigenden Worten unserer gesetzesmäßigen Vertreter, wie Gert Bastian, Petra Kelly, Jo Leinen und vieler anderer,
und, ihren leuchtenden Vorbildern folgend, das öffentliche Aufbrausen dem Mineralwasser zu überlassen, daß sie statt Cola-Rum und Crabbencocktail auf den Empfängen für Generäle befreundeter Großmächte und andere Kumpel unserer Regierung zu sich nehmen.
Das Steigenlassen von 99 versöhnlich aneinandergeketteten Luftballons sei uns höchste Freude und Eskalation.
Das Nähere bestimme die örtliche Polizeiführung.

Das geloben wir
in nomine et honerabilitate
INQUISITORIS MAGNI
FRIDERICI CARPENTORII
bei seiner Schilddrüse
und zu ihrem Wohle
bis daß der Tod entscheidet.

FÄLSCHUNGSSICHERER-ABWIEGLER-AUSWEIS

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dieser Ausweis wird von allen bundesdeutschen Gerichten (insbesondere Westberlin) als beweiskräftiges Dokument in Prozeßsachen gem. § 125 StGB anerkannt. Er ist bei Kontrollen der Polizei unaufgefordert vorzuweisen.

Hiermit wird der/dem normalen Bürger/in

Name, Adresse, Kz.-Nr., Deut. Norm.-Bü.-Reg.

bescheinigt, daß sie/er sich bei Menschenansammlungen von mehr als einer Person insbesondere in Demonstrationen abwiegelnd und staatstragend verhalten haben werden wird.

Unterschrift des Ausweis-Inhabers

Der Innenminister

Poesie für Zimmermann



FILM:

"WAR GAMES"

22% der US-Atomraketen werden im Ernstfall nicht abgeschossen. Grund hierfür ist menschliches Versagen, oder besser gesagt, Grund sind die Menschen, die sich weigern den berühmten Schlüssel zu drehen.

Einer der Computerspezialisten des NORAD-Centers (North American Air Defense Command) will deshalb das Abschuß-Bedienungspersonal durch den Computer "WOPR" (War Operation Plan Response) ersetzen; dieser wird direkt an die Abschußautomatik der Raketenrampen angeschlossen, damit er die Raketen im Ernstfall selbständig abfeuern kann.

Dagegen ist der Computerfreak David ein noch harmloser, aber leidenschaftlicher Videospieler. In einer Anzeige entdeckt er, daß eine Videofirma in Kürze brandneue Videospiele auf den Markt bringen will. Diese Spiele will David natürlich spielen; mit seinem Heimcomputer versucht er, sich illegal in das Computersystem der Firma einzuschleichen. Versehentlich gerät er dabei aber an den Computer des Verteidigungszentrums, an WOPR. Dieser verweigert David zunächst den Zugriff, weil David das richtige Password (geheimes Kennwort) nicht kennt. Nach mühseliger Arbeit findet David das persönliche Password des Programmierers. (Persönliche Passwords werden in der Regel von den Programmierern eincodiert, um später das allgemeine Sicherheitssystem zu umgehen.) Nun ist WOPR zur Kommunikation bereit. Auf dem Bildschirm erscheint eine Liste mit Spielen, die sich in WOPRs Speicher befinden. David fordert WOPR zum "Spiel" GLOBAL THERMONUCLEAR WAR auf. WOPR versucht zwar noch, David für ein anderes Spiel (z.B. Schach) zu gewinnen, aber David bleibt hart. Er überlässt dem Computer die Verteidigung der USA und übernimmt selbst den Part der Russen. Der Erstschlag Davids ist die Zerstörung von Las Vegas und Seattle. WOPR ist darauf programmiert, den nuklearen Krieg zu gewinnen und so merkt David schnell, daß dieses kein Spiel mehr ist; doch WOPR ist nicht mehr zu stoppen.

Für einen Ostagenten gehalten, wird David vom FBI verhaftet, kann aber entkommen und nochmals Kontakt mit WOPR aufnehmen. Der einzige, der den spielwütigen Computer jetzt vielleicht noch stoppen könnte, ist der Programmierer Falkner. David kann ihn aufspüren, entdeckt aber, daß Falkner kein Interesse daran hat, die Welt zu retten. Nach einigen Minuten Kinospannung entschließt dieser sich doch noch einzugreifen, gerührt wohl durch die Jugend Davids und seiner Freundin. Wenige Minuten vor Beginn der Katastrophe erreichen die Retter der Welt das NORAD-Zentrum. Der verantwortliche General wird mal schnell davon überzeugt, daß der Computer den Angriff nur simuliert; der Gegenschlag der USA wird nicht gestartet - die Welt scheint gerettet. Doch WOPR hat noch nicht ausgespielt. Er will gewinnen und beginnt nun, die Raketenabschußcodes zu ermitteln, um die eben noch geändert wurden um WOPR lahmzulegen. Wieder ist unser Held David der einzige mit einer guten Idee. WOPR bekommt den Befehl, zweidimensionales Tick-Tack-Toe mit sich selbst zu spielen (ein Spiel, das man nur gewinnen kann, wenn der Gegner nicht aufpasst).

WOPR "lernt" jetzt, daß es Spiele gibt, die man nicht gewinnen kann, und schließt daraus, daß auch das Spiel Ost-West-Krieg nicht zu gewinnen ist (welch ein banaler Schluß). Alles atmet auf. Das Spiel ist vorbei, der Film ist aus, die Welt ist gerettet.

"WARGAMES" ist natürlich ein rein kommerzieller Film. In den ersten sechs Wochen hat er in den USA 47 Mio. Dollar eingespielt. Mit seinem bunten Bildschirm-Geflackere erinnert er etwas an den Disco Film "Saturday Night Fever", der auch von dem Wargames Regisseur John Badhamm gedreht wurde. Ansonsten gibt es nicht viel zur technischen Seite zu sagen.

Bei einem breiten Publikum rüttelt "Wargames" zwar die Angst vor der atomaren Apokalypse wach, erstickt sie jedoch sogleich wieder durch sein Happy End. Der Zuschauer kann seine Angst im Kino aus-

leben und braucht sie nicht mehr durch irgendwelche Aktionen gegen Staat und Machthaber zum Ausdruck zu bringen. Er wird, wie die Kinder mit Kriegsspielzeug, dazu veranlaßt, den Krieg als ganz normale alltägliche Bedrohung zu erleben; so wie er als Fußgänger von Autos bedroht wird, vor denen er längst keine Angst mehr hat, weil er ständig mit ihnen konfrontiert ist. In das Bewußtsein der Menge wäre der Film wohl nur ohne Happy End eingegangen. Der Zuschauer wäre durch die Zerstörung seiner schönen Welt geschockt worden und hätte vielleicht Anstoß zur Kritik bekommen. Aber wer hat schon Interesse an einem kritischen Menschen?

"Wargames" nimmt nicht nur die Angst vor dem Krieg sondern (durch eine Hintertür) auch die vor dem "dummen" Computer. WOPR "lernt" nämlich während des Films, daß ein 3. Weltkrieg sinnlos wäre. Der nichtreflektierende Zuschauer verlässt dann das Kino mit dem "Gefühl", daß der dumme Computer jetzt schlauer ist und natürlich keinen Krieg mehr anfangen wird. Die Welt ist wieder in Ordnung und er macht sich keine weiteren Gedanken zu der Gefährlichkeit der "dummen Computer". In wirklichkeit gibt es zwar Computer, die die Fähigkeit besitzen, lernen zu können, doch die simulieren irgendwo an Universitäten den menschlichen Verstand nicht aber den 3. Weltkrieg. Mir kann keiner erzählen, daß die sich einen Computer ins Verteidigungszentrum stellen würden, der eine "Eigendymamik" entwickeln könnte. Statt eigendynamisch muß der "logisch" sein. Logisch in die Katastrophe!

Am 3. Juni 1980 starteten zum Beispiel einige Hundert Bomber und die Kommandozentrale des Präsidenten aufgrund eines Fehlers im "logischen" System des Computers. Der NORAD-Computer hatte 2000 angreifende sowjetische Raketen geortet. Damit derartiges nicht wieder an die Öffentlichkeit kommt, hat Präsident Reagan im April dieses Jahres den Vorschlag eingebracht, jeden, der irgendwelche Informationen aus dem Bereich der atomaren Rustung an die Öffentlichkeit bringt mit einer Geldstrafe von 100.000 US Dollar oder 20 Jahren Gefängnis zu belegen (Tallahassee Democrat, 17.8.83).

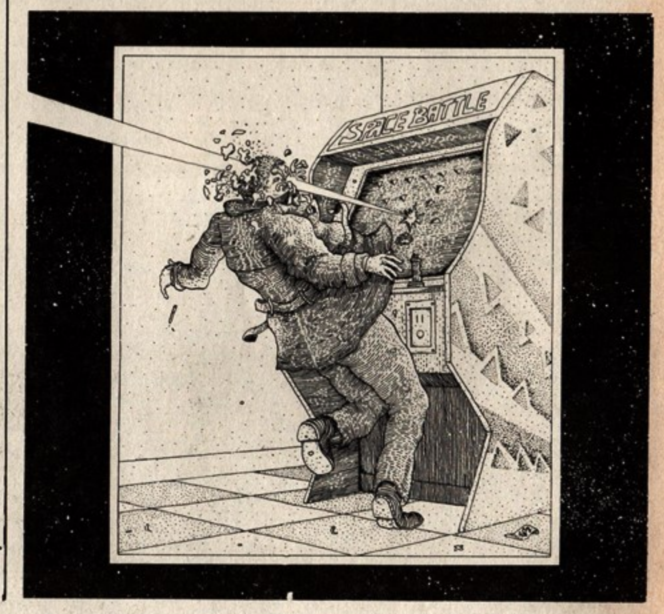
Sollte sich allerdings ein Computerfehler, wie der von



Badham-Film „War Games": Bomben auf Las Vegas

1980, auf die Pershing II's in Europa auswirken, so gibt es keine Zeit mehr, um Konferenzen einzuberufen und zu entscheiden, ob es sich wirklich um einen Angriff der Russen handelt oder nicht. Die Pershing II erreicht ihr Ziel nämlich so schnell, daß nur acht Minuten Vorwarnzeit verbleiben. Fünf Minuten benötigen die Russen zur Erkennung und Vorbereitung des Gegenschlages. Damait bleiben nur drei Minuten, um die atomare Apokalypse zu verhindern (FR).
Wie realistisch ein Fehler oder eine Sabotage ist bestätigt uns auch Ex-Außenminister Alexander Haig, der auch Vorstandsmitglied der "Metro Goldwyn Meyer / United Artists" ist. Haig ist davon "überzeugt, daß Saboteure und Feinde Teile des (NORAD) Systems noch cleverer mißbrauchen könnten als es der Teenager in Wargames tat".

JOSHUA



" ein lamm dessen untadelige haltung der tiger lobt "
Adam ZAGAJEWSKI

DENKBLOKADEN

so lagerten wir unterhakt
einen steinwurf entfernt von der base
forderten den wachhabenden GI
ultimativ
zur umkehr auf
deutsch nix verstehn

die mobilen abschußrampen spielten verstecken
in pfälzischen wäldern
vorzeitig entlaubt, kein leck
in fischbach oder agent orange
nur unverträglichkeiten der biologie
im frieden

gestiefelt, tanngrün zogen jäger
kreise um uns bis die dämmerung
"in allen landesfarben überraschte"
ohren taub vom flügelschlag
der helikopter und der tagesschau
übertragen aus haushohen boxen - umsonst
rief ein sprecher die bergpredigt aus
entblößten junge männer den hals als die hunde
in unsere mitte brachen

im geleitschutz der nacht
schlugen die jäger uns in die wannen
damit wir singen konnten
we shall overcome
einen steinwurf entfernt von der base

+ + +

in den zellen wohnen schlechte träume
von gebratenen tauben die blau in den mund
fallen oder marschflugkörper
mit spottversen für die genossen in polen

hinter der trennscheibe liest der anwalt
eine forderung von den lippen ab:
zusammenlegung zu bezugsgruppen!

wenn die generäle die appelle nicht lesen
rücken wir eben zusammen, schließen frieden
mit uns, bauen zum beispiel eine seele
und malen die mauer an, hüben wie drüben
als beitrag zur entspannung (= relax)

+ + +

wir bitten um schonung, es ist an der zeit
führt eure kriege woanders
wenn es schon sein muß
im gegenzug verbieten wir uns wünsche
über die grenzen der hauptstädte hinaus
ohro PAX

die regierung ist beschäftigt
(sie katalogisiert das abendland
- es ist 5 vor 12) nur polizeibeamte
fotokopieren die unterschriftenlisten
für ihre datenbank

wenn wir fast nichts wollen
werden wir nicht mehr

